

## Europa/Russland/USA und die Krise in der Ukraine

### I) *Worum geht es?*

Die entscheidende Frage ist wohl, worum geht es angesichts der gegebenen Kräfte und Machtverhältnisse? Worum geht es im Zeitalter des amerikanischen Imperiums?

#### 1. Die gegebenen Kräfteverhältnisse

	<u>USA</u>	<u>EU</u>	<u>Russland</u>
Einwohner:	300 Mio	500 Mio	142 Mio
Die Wirtschaftsleistung: (in MRD USD, BIP 2013)	16.800	17.372	2.118
Verteidigungsausgaben: (2013 in MRD USD)	640	300	88

Die Vereinigten Staaten von Amerika unterhalten 1,6 Millionen Soldaten unter Waffen. Davon sind 500.000 außerhalb des Landes stationiert; in 148 Ländern; mit 662 Militärbasen auf der ganzen Welt außerhalb von Afghanistan.

Die USA sind somit das mächtigste Imperium, welches die Welt seit Ende des 2. Punischen Krieges gesehen hat. Wir leben im Zeitalter des amerikanischen Imperiums.

#### 2. Der Ausgang des Kalten Krieges

Die Vereinigten Staaten haben den Kalten Krieg total gewonnen; Russland hat ihn total verloren.

Seit Ende des Kalten Krieges haben die USA alleine in Europa ihre Einflussphäre über zusätzlich 100 Millionen Menschen und zusätzlich über eine Million Quadratkilometer ausgedehnt.

Russland hingegen hat alles verloren, was das Land seit Peter dem Großen und Katharina II., also in den letzten 300 Jahren, gewonnen hatte. Hätte man diese Verluste in einem Friedensvertrag festgeschrieben, hätte man wohl von einem 2. Versailles, von einer großen Demütigung Russlands gesprochen. Und dazu kommt noch etwas: Während in der Zeit des Kalten Krieges als Grundprinzip „Containment“ gegolten hat, also die Anerkennung der jeweiligen Besitzstände, sind die Vereinigten Staaten nach Ende des Kalten Krieges zum Prinzip des „Roll-Back“ also zur Zurückdrängung der russischen Einflussphäre übergegangen. Ein besonders sichtbarer Ausdruck des „Roll-Back“ ist die NATO – Erweiterung.

Für viele Russen bedeutet die NATO ein Instrument des Kalten Krieges; Ihre Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung erachten sie als Aufrechterhalten einer feindseligen Haltung gegenüber ihrem Land.

Aus diesem Grunde hat sich George Kennan schon 1998 gegen eine NATO-Erweiterung ausgesprochen und sie als „Tragic Mistake“ bezeichnet. Und er hatte schon vorausgesagt, dass die Russen darauf reagieren werden.

Jetzt heißt es im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine immer wieder: „Putin will die Grenzen Europas verändern oder er will die Sowjetunion wiederherstellen; oder Putin will die Gewinne des Kalten Krieges rückgängig machen.“ Angesichts der gegebenen Machtverhältnisse sind das wohl Propagandaslogans die an den seinerzeitigen „Golf von Tonkin-Zwischenfall“ erinnern, bzw. das, was im Zusammenhang mit den Massenvernichtungswaffen, die Saddam Hussein angeblich hatte, vorgebracht wurde.

Tatsächlich geht es im Zeitalter des amerikanischen Imperiums um etwas ganz anderes: Darf ein Land, etwa Russland, immerhin das flächenmäßig größte Land der Welt, eigene Interessen haben? Darf Russland eine eigene Außenpolitik verfolgen? Darf Russland eigene innenpolitische Interessen haben? Eine besondere Gestaltung der Beziehung zwischen Kirche und Staat, die von den amerikanischen Vorstellungen abweicht? Darf ein Land eigene internationale Interessen haben, die den amerikanischen nicht unbedingt entsprechen?

Hillary Clinton und John Kerry haben jeweils als amerikanische Außenminister davon gesprochen, dass „die Zeit der Einflussphären“ vorbei ist! Es ist allerdings etwas eigenartig, wenn derartige Aussagen von Exponenten eines Landes getroffen werden, welches sich in der eigenen Hemisphäre auf die Monroe Doktrin beruft; welches weltweit 662 Militärbasen unterhält; und auf der ganzen Welt interveniert.

Russland vertritt offensichtlich die Auffassung, dass es eigene nationale Interessen haben darf und hat den Putsch, den „Regime –Change“, der im Februar 2014 in Kiew stattgefunden hat, als **eine Demütigung zu viel** erachtet.

Im Folgenden soll nun dargestellt werden,

-) wie die Wesenszüge der Außenpolitik der EU, Russland und der USA die konkrete Gestaltung der Außenpolitik beeinflussen.

-) die bilateralen Beziehungen untereinander sowie wie sich diese Phänomene auf die Ukraine Krise auswirken.

## II) Die Wesenszüge der Außenpolitik von EU, Russland und der USA

### 1. Die diplomatische Revolution in Europa

In den Beziehungen der europäischen Staaten untereinander hat eine Revolution stattgefunden, die auf den Europarat zurückgeht und zunächst die westeuropäischen Staaten umfasste. Durch diese Revolution haben sich die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa in den letzten zwei Generationen mehr verändert als in den Jahrhunderten vorher. War Außenpolitik traditionell grundsätzlich Machtpolitik, so dient sie heute der Förderung der Wohlfahrt der Bürger.

Dies entspricht nicht nur den Grundsätzen der osteuropäischen Außenpolitik, dies erwartet sich auch der Bürger. Wenn man die Menschen von Österreich bis Finnland und von Italien bis England fragt, sollen wir durch internationale Zusammenarbeit Arbeitsplätze schaffen, die Umwelt schützen oder die Menschenrechte verwirklichen oder andererseits Kriege gegen unsere Nachbarn führen, um die Macht des eigenen Landes zu vergrößern, dann ist die Antwort wohl klar. Seit Gründung des Europarates wurden die gemeinsamen Werte, die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen. Konfrontation wurde abgelöst durch Kooperation, die Abstützung auf Macht wurde ersetzt durch ein Rechtssystem zu dem sich die Mitglieder des Europarates bekennen.

Diese Revolution hat eine neue, besondere Stellung Europas in der Welt begründet: **Europa wurde ein Kontinent des Friedens**, der Menschenrechte, Europa wurde führend in wesentlichen Bereichen vom Umweltschutz bis zur Entwicklungshilfe.

Jetzt wird immer wieder der Einwand erhoben, Europa gelte nichts mehr in der Welt weil unsere Außenpolitik zu wenig militärisch abgestützt ist. Diese Argumentation ist durch und durch vergangenheitsorientiert. In der Vergangenheit galten jene als „groß“ von Alexander dem Großen, über Friedrich den Großen bis Napoleon, die ohne Rücksicht auf Verluste andere Länder eroberten, Kriege führten und dadurch die Größe ihres eigenen Landes stärkten. Aber kann man heute sagen, Europa gelte nichts mehr weil die Europäer nicht mehr über andere Länder herfallen, nicht mehr erobern oder zerstören? Diese Auffassung ist wohl überholt. Der seinerzeitige serbische Staatspräsident Milosevic, der dies versuchte und seinen Nachbarn den Krieg erklärte, wurde nicht Milosevic der Große genannt, sondern vor ein Kriegsgericht nach Den Haag gestellt.

In den Vereinigten Staaten hat diese diplomatische Revolution, die in Europa erfolgt ist, nicht stattgefunden.

Zweifellos ist auch die europäische Außenpolitik, insbesondere was die Willensbildung betrifft, mit grundsätzlichen Nachteilen behaftet: In Europa leben wir heute in einer Zeit der „geteilten Souveränität“. Nationale Souveränität wurde vielfach aufgegeben, eine europäische Souveränität gibt es nicht. Es entscheiden gleichzeitig nationale Organe und Instanzen der EU. Entscheidungsprozesse sind daher oft schwer nachzuvollziehen. Darüber hinaus gibt es innerhalb der EU eine große Interessensvielfalt: Engländer vertreten immer wieder eher amerikanische Interessen als europäische. Ein weiteres Problem: Manche

Exponenten der früheren kommunistischen Staaten, der neuen Mitglieder der EU glauben, um zum Westen zu gehören, muss man aggressiv gegenüber den Russen vorgehen.

## 2. Grundzüge der russischen Außenpolitik

Die Grundzüge der russischen Außenpolitik umfassen 3 Dimensionen:

- ) Wesenszüge der russischen Tradition
- ) Mitgliedschaft beim Europarat
- ) Nationale Interessen

### 2.1. Traditionelle russische Außenpolitik

Was kann man als Wesenszüge einer traditionellen russischen Außenpolitik betrachten? Vielleicht jene Auffassungen, die Alexander Solschenizyn vor allem in seinen letzten Jahren vertreten hat: Eine Abrechnung mit dem, seines Erachtens nach, dekadenten Westens. Er kritisierte die Profitgier des Marktes, die skandalisierende Berichterstattung in den Medien, generell die populistische Politik. Diesem Kosten- / Nutzendenken des Westens hielt er eine christliche und national fundierte Ethik entgegen. In diese Kritik des Westens schloss Solschenizyn auch jene Landsleute ein, die dieser westlichen Denkweise folgten.

Vladimir Putin hat wiederholt auf russische Denker verwiesen, die, alle im 19. Jahrhundert geboren, eines gemeinsam haben: Eine Vision von der besonderen Rolle Russlands in der Welt. Dabei nannte Putin insbesondere folgende Namen:

- ) Wladimir Sergejewitsch Solowjow
- ) Nikolai Alexandrowitsch Berdjajew
- ) Iwan Alexandrowitsch Iljin

Gemäß Solowjow hat Russland die historische Mission die Menschheit zu einen, weil es zwischen dem katholischen Westen und dem nicht-christlichen Osten gelegen ist. Papst Johannes Paul II bezeichnete ihn als Pionier und Vorbild für den Dialog der Christen in Ost und West.

Nikolai Berdjajew hat in seinem Buch „Das neue Mittelalter“ Betrachtungen über das Schicksal Russlands und Europas angestellt. Die von ihm angestrebte geistige Wiedergeburt des Menschen sollte nicht nur den einzelnen betreffen, sondern zu einer sozialen Umgestaltung der Gesellschaft führen.

Iwan Iljin sieht die besondere Rolle Russlands in der Welt in Verbindung mit der Orthodoxie und der christlichen Tradition. Er sprach sich immer wieder gegen den „materialistischen Westen“ aus, den er als korrupt und militaristisch ansah.

Von der besonderen Rolle Russlands spricht auch Gogol in seinem Roman „Die toten Seelen“, wenn er beschreibt, wie Russland durch die Welt „fliegt“, die staunend zusieht. Und auch Tocquville hat schon die Besonderheiten Russlands hervorgehoben und festgestellt „The Russian centers own the authority of society in a single arm!“.

Diese Meinungen über die besondere Rolle Russlands sind weitgehend parteienübergreifend. So hat der Vorsitzende der kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi A. Sjuganow, 1995 in seiner Doktorarbeit zum Thema „grundlegende Tendenzen im heutigen Russland“ geschrieben. Darin betont er die Kontinuität des russischen Staates. Für Russland sei nach dem „Golgotha“, also dem Zusammenbruch von 1991, die nationale Idee besonders wichtig. Die Ideen des Westens, Liberalismus, Kapitalismus und Marktwirtschaft seien für Russland wesensfremd. Und eine der wesentlichen Schlussfolgerungen von Sjuganow ist die, dass der Kampf gegen Russland zu einer Priorität der westlichen Politik wurde.

Sehr konkret verwies der frühere russischen Außenminister Igor Ivanov (Außenminister von 1998 – 2004) in einer Abhandlung zum Thema „Fragen zur Kontinuität zur russischen Außenpolitik und Diplomatie“ auf einige Persönlichkeiten, die bereits die zaristische Außenpolitik geprägt hatten und nannte insbesondere Alexander Gortschakow, Fyodor Martens, Sergei Sasonow. Alexander Gortschakow (1798 – 1883) so Ivanov, spielte eine herausragende Rolle bei der Durchsetzung des allmählichen Übergangs der alten, feudalistischen Auffassung des diplomatischen Dienstes als persönlicher Dienst am autokratischen Monarchen zu einer Diplomatie, die sich um die nationalen Interessen des Landes zu kümmern hatte.

Fyodor (Friedrich) Martens (1845 – 1909) gilt als Begründer der Haager Tradition des humanitären Völkerrechtes und war als Vertreter Russlands eine treibende Kraft bei der Haager Friedenskonferenz von 1899, der die Unterzeichnung einer Konvention über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges gelang. Sergei Sasonow (1860 – 1927) schließlich war der letzte Berufsdiplomat im Amt des Außenministers des alten Russlands. Er trat für eine Kontinuität zwischen Vergangenheit und Gegenwart ein sowie dafür, dass die Interessen eines Staates mit einer 1000-jährigen Geschichte auch in einer veränderten geopolitischen Lage entsprechend vertreten werden müssen.

Nun hat Russland 1991 nicht nur einen gewaltigen inneren Umbruch durchgemacht, sondern auch alle Gebiete verloren, die es in den letzten 300 Jahren, seit Peter dem Großen und dann unter Katharina II. erworben hatte. Wen wundert es da, dass unter solchen Umständen im Land eine Anti-westliche Stimmung aufkommt und die Meinung verbreitet wird, ein Abwehrkampf gegen die vom Westen betriebene Einkreisung Russlands sei notwendig.

Vor allem unter jenen, die nach dem Umbruch unter den vom internationalen Währungsfond (IWF) auferlegten Reformen besonders zu leiden hatten, zirkulierte das geflügelte Wort: „Das Malheur Russlands sind die ausländischen Experten, Karl Marx, Friedrich Engels, Jeffrey Sachs“. Wenn man weiß, welche Folgen der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenbruch Mitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg hatte, dann kann man ermessen, welche Auswirkungen der Umbruch in Russland nach der Implosion der Sowjetunion mit sich brachte, und jene Hoffnungen die dahin gingen, Russland würde nach 100 Jahren autokratischer Herrschaft und zwei Generationen totalitärer Macht umgehend eine perfekte Demokratie, waren wohl überzogen.

Verständlich ist dagegen, dass sich ein Land unter solchen Bedingungen wieder auf seine Tradition besinnt: Auf die eigene Religion - die Orthodoxie, der die Nation immer einen besonderen Stellenwert eingeräumt hat, noch dazu, wenn es die Trennung von Kirche und Staat nie gegeben hat. Russland hat versucht, mit der Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) an die unmittelbare Geschichte anzuknüpfen und in der Nachbarschaft einen Rückhalt für die eigene Stärke zu finden, was wohl weitgehend misslungen ist.

Auch die Gründung einer „Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft“ im Jahr 2000 muss wohl mehr als Ersatz angesehen werden. Wenn dieser Versuch der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes zwischen Russland, Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan von manchen als Herausforderung, ja als Gefahr für den Westen hochstilisiert wird, so sprechen Zahlen eine klare Sprache: Die USA und die EU erzeugen gemeinsam 40% der Weltwirtschaftsprodukte, die eurasische Wirtschaftsgemeinschaft hingegen 3%.

## 2.2. Russland im Europarat

Der Europarat ist jene Organisation, die nach dem Zweiten Weltkrieg die „Revolution in der europäischen Diplomatie“ eingeleitet hat. War Außenpolitik 1000 Jahre lang Machtpolitik, so sollten die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa nun auf Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit aufbauen. Macht wurde durch Recht ersetzt. Ziel der Außenpolitik war nicht mehr die Vergrößerung der Macht des Staates, sondern die Förderung der Wohlfahrt der Bürger.

Im Rahmen des Europarates wurde auch ein Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte eingerichtet, den die Bürger eines jeden Mitgliedslandes über die nationale Jurisdiktion hinaus, direkt anrufen konnten. Europa wurde damit ein Kontinent der Menschenrechte.

Die Russische Föderation ist dem Europarat im Jahre 1996 beigetreten. Russland hat damit nicht nur ein Bekenntnis zu den europäischen Werten abgelegt, sondern auch zugestimmt, dass es daran gemessen wird, wie weit es die im Rahmen der Organisation unterzeichneten Konventionen einhält. Der Europarat verfügt auch über zahlreiche Experten, die in Russland für den Aufbau des Rechtsstaates und bei der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft genauso herangezogen wurden, wie für Fragen betreffend nationaler Minderheiten, das Bildungswesen, die Kultur und den Sport.

Nun wird Russland immer wieder, nicht nur wegen Menschenrechtsverletzungen, kritisiert, man kann wohl sagen, diese Kritik ist Teil eines Ersatzkrieges gegen Russland. Aber eines ist auch richtig: Die Todesstrafe wurde in Russland ausgesetzt; russische Wahlen werden von Beobachtern (auch jenen des Europarates) überprüft; es wurde ein Sonderbeauftragter für die russischen Kaukasus Republiken ernannt; und der Schweizer Abgeordnete Andreas Gross, Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates, hat in der Neuen Züricher Zeitung im August 2008 folgendes festgestellt: Die unverdächtigsten Zeugen, die die Mitgliedschaft Russlands im Europarat befürworten, sind vielleicht die Tschetschenischen Frauen, die Russland in vielen Fällen vor dem Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte gebracht haben. Niemand in Russland, auch die Oppositionellen nicht, beurteilen die Aufnahme Russlands in den Europarat als falsch. Die Entwicklung der Menschenrechte und jene der Demokratie sind ja ständige kollektive Lernprozesse, die nie zu Ende sind. Ob heute in Russland dieser Lernwille noch so ausgeprägt ist wie nach der Auflösung der Sowjetunion, das ist umstritten. In diesen Institutionen versteht man sich mehr als Teil des europäischen Rechtssystems, als dies in der Praxis in der Exekutive erkennbar ist.

Selbst die in ihrer Studie über „Russland und der Europarat“ sehr kritische Susan Stuart kommt zum Schluss, dass die Frage, ob Russland weiter Mitglied der Organisation bleiben sollte, bisher mit Ja beantwortet wurde.

Jedenfalls kann man sagen, dass selbst dann, wenn Russland die „Revolution in der europäischen Diplomatie“ nicht vollzogen hat, und nationale Interessen auch mit

machtpolitischen Mitteln durchsetzen will, durch die Mitgliedschaft beim Europarat ein Maßstab gegeben ist, an dem das Land gemessen werden kann.

### 2.3. Die Verfolgung nationaler Interessen

Russland verfolgt auch nationale Interessen im traditionellen Sinn, also eine Außenpolitik ausgerichtet auf die Souveränität und die Macht des Staates. Daraus ergibt sich eine gewisse Widersprüchlichkeit.

Einerseits ist das Land durch den Europarat eingebunden durch das System; andererseits nach wie vor orientiert an den Maßstäben der klassischen Außenpolitik. Falsch wäre es diese Verfolgung nationaler Interessen alleine auf Vladimir Putin zu fokussieren. Diese Interessen hat es schon lange vor Putin gegeben, es gibt sie mit ihm, und es wird sie wohl auch nach ihm geben.

Der im Westen durchaus geschätzte, später verunglückte General Alexander Lebed sprach bereits in den 1990er Jahren davon, dass es nach dem Zusammenbruch die wichtigste Aufgabe Russlands ist, „Die verletzte nationale Würde“ wiederherzustellen. Er verglich die damalige Situation Russlands mit jener Deutschlands nach dem Frieden von Versailles und sagte in einem Interview mit der „Zeit“: „Im Grunde genommen erfüllen wir jetzt die Bedingungen einer Kapitulationserklärung“; das war im August 1997. Und der Außenminister von Boris Jelzin, Andrei Kosyrew, musste 1996 sein Amt zurücklegen, weil er von der kommunistischen und der demokratischen Opposition für die Demütigung und den Machtverlust des Landes in der postsowjetischen Zeit verantwortlich gemacht wurde. Dabei hat der pro-westliche Kosyrew ohnehin versucht, die russischen Positionen zu verteidigen, von Tadschikistan bis Moldawien und von Jugoslawien bis Tschetschenien.

Auch der bereits von Boris Jelzin ernannte Außenminister Igor Iwanow hat immer wieder von den nationalen Interessen seines Landes gesprochen. So bezeichnete er das Bestreben von Drittländern, im GUS-Raum zum Nachteil der russischen Interessen aktiv zu werden, als inakzeptabel. Solche Bestrebungen seien dazu angetan, die internationalen Beziehungen mit Spannungen und mit Misstrauen zu belasten. Der Schutz der Interessen und Rechte der russischen Bürger „wo immer sie leben“, gehöre ebenfalls zu den prinzipiellen „Aspekten“ der neuen russischen Außenpolitik. Iwanow bezeichnete diese Aufgabe als „humanitäre Dimension“ der russischen Diplomatie.

Auch die Frage, ob Russland ein europäischer oder ein asiatischer Staat ist, beantwortete Iwanow damit, dass die nationalen Interessen sowohl gegenüber dem Osten als auch gegenüber dem Westen vertreten werden müssen. Die einzigartige geopolitische Lage ermögliche es Russland eben seine Beziehungen gleichermaßen in die verschiedensten Richtungen zu entwickeln. In diesem Sinne ist das Konzept einer multipolaren Welt keine Ideologie, sondern eine Konzeption, die den Realitäten der Welt im Zeitalter der Globalisierung entspricht.

Auch wenn es in der „außenpolitischen Konzeption der russischen Föderation“ vom Juni 2000 heißt, dass die Kooperation mit der NATO im Interesse der Sicherheit und Stabilität für den Kontinent wichtig ist, so gab es von russischer Seite immer wieder Vorbehalte in zwei Bereichen:

-) Die Zielsetzung der NATO stimme in wesentlichen Punkten nicht mit den Sicherheitsinteressen Russlands überein, etwa was militärische Operationen außerhalb des ursprünglichen Geltungsbereiches der NATO betraf.

-) Russland hatte stets eine negative Einstellung gegenüber der Erweiterung der NATO.

Was diesen Punkt betrifft, so wurde die russische Position von frühester Zeit an klar dargelegt: Eine Erweiterung der NATO, insbesondere wenn sie auch die Ukraine miteinbeziehen würde, führte nicht zu mehr Stabilität, sondern zu mehr Instabilität.

Für Russland war die NATO ein Instrument des Kalten Krieges, welches gegen einen politischen und ideologischen Feind - die Sowjetunion - gerichtet war. Die Aufrechterhaltung, ja Erweiterung dieser Organisation bedeutete daher letztlich die Aufrechterhaltung der feindseligen Haltung gegenüber dem eigenen Land.

Im Sinne der Wahrung nationaler Interessen werden mit den verschiedensten Teilen der Welt die Beziehungen gestaltet: Mit China geht es dabei zunächst um die Zusammenarbeit bei politischen Fragen; es werden riesige Energieprojekte beschlossen und gemeinsame Manöver durchgeführt. Mit anderen BRICS Staaten (Brasilien, Indien, China, und Südafrika) will man bestehende Strukturen, etwa im Finanzbereich, zumindest beeinflussen. Ob aber jedes Bestreben, etwa beim IMF einen höheren Stimmenanteil zu erhalten, als das „Streben nach einer neuen Weltordnung“ bezeichnet werden kann, ist angesichts der gegebenen Machtverhältnisse mehr als fraglich. Die starken Bestrebungen von Russland, aber auch von China, etwa Mitglied der WTO zu werden, lassen eher darauf schließen, dass man einen besseren Platz im System - und nicht dieses überwinden - will.

Jedenfalls zeigt sich bei der Behandlung der verschiedensten internationalen Krisen, ob Iran oder Syrien oder auch Libyen, immer wieder, dass es zielführender ist, in Kooperation mit Russland Lösungen anzustreben, als in Konfrontation, selbst um den Preis, dass auch russische nationale Interessen berücksichtigt werden.

Verfolgt Russland nationale Interessen im traditionellen Sinn, so setzt es dafür auch traditionelle Mittel ein. Es verfügt über 6% der weltweiten Erdöl-Reserven und produziert 1/7 des Welt-Verbrauchs an Erdöl. Noch größer sind die Mengen an Erdgas im flächenmäßig größten Land der Welt. Wenn diese Rohstoff-Vorkommen, wie Eisen, Kupfer oder Gold Russland eine erhebliche wirtschaftliche Macht verleihen, so zeigt der starke Verfall des Ölpreises im Jahre 2014, wie anfällig eine Volkswirtschaft ist, deren Wirtschaft zu sehr von Rohstoffen abhängig ist, die am Weltmarkt verkauft werden müssen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass ein Wirtschaftskrieg zwischen Ländern, die wirtschaftlich stark verflochten sind, mehr Verlierer als Gewinner hat.

Auch die russische Armee spielt schon bald nach dem Zerfall der Sowjetunion eine Rolle wo es, vielfach im Zusammenhang mit nationalen Minderheiten, zu Konflikten kam. Dies war in Abchasien und Aserbaidschan genauso der Fall wie in Berg-Karabach oder in Zentralasien. Wenn sich die russischen Truppen dabei als „Peace-Keeper“ präsentierten, dann wohl auch als „pax russica“ um nationale Interessen zu vertreten.

### 3. Wesenszüge der amerikanischen Außenpolitik – der „American Exceptionalism“

Die Wesenszüge der amerikanischen Außenpolitik sind geprägt vom Glauben an den „American Exceptionalism“, daran, dass Amerika eine auserwählte Nation, jedenfalls etwas Besonderes ist. Der Glaube daran ist tief verwurzelt im Denken der Gründungsväter und ist begründet im puritanischen, kalvinistischen Denken.

Schon einer der ersten Gouverneure von Massachusetts, John Winthrop, sprach vom Amerika als der „shining city upon a hill“, einem Modell an christlichen Tugenden, das die Menschheit im christlichen Geiste führt. Sowohl in der Literatur als auch in der Politik hat sich dieses Denken bis heute erhalten.

Alexis de Tocqueville hat in seiner „Demokratie in Amerika“ davon gesprochen, dass „alles was die Amerikaner betrifft, außerordentlich ist“. Und Seymour Martin Lipset erzählt in seinem 1995 erschienen Werk „American Exceptionalism“ jene Gesetzmäßigkeiten und sozialen Gegebenheiten auf, die Amerika zu etwas Besonderem machen.

Gerade das außenpolitische Establishment der USA geht in seinen Überlegungen davon aus, dass ihr Land die einzige Hegemonialmacht der Welt ist: Zbigniew Brzezinski stellt in seinem Buch „The Choice: Global Domination or Global Leadership“ fest, dass die USA der einzige Garant globaler Stabilität sind. Deshalb fällt Amerika auch die Schlüsselrolle bei der Förderung des globalen Wohles zu. Henry Kissinger bezeichnete die Frage, „braucht Amerika eine Außenpolitik“, damit, dass er sagte, die Vereinigten Staaten sind so stark, dass was immer sie tun, als Außenpolitik anerkannt werden muss. Und Madeleine Albright spricht von der „Indispensable Nation“.

Aber der Glaube an den „American Exceptionalism“ ist nicht nur ein theoretisches Konzept, er spielt auch in der praktischen Politik eine entscheidende Rolle: George W. Bush war nicht der erste, der von einer „Achse des Bösen“ sprach. Schon Oliver Cromwell erklärte 1656 den Kampf gegen die „Achse des Bösen“ zu einer entscheidenden Aufgabe Englands. Und noch etwas: Schon Oliver Cromwell stellte fest, dass der Kampf für Gott und für englische Interessen deckungsgleich sind. Damals bestand die Achse aus dem Papst und den katholischen Habsburgern. Diese wurden dann abgelöst von Ludwig dem XIV. und Napoleon. Denn eines ist klar: Wenn es das Gute in der Welt gibt, dann muss es auch das Böse geben; und da das Böse immer bestrebt ist, das Gute anzugreifen, muss das Gute immer gerüstet sein und sich verteidigen.

Schon Dean Acheson sprach davon, dass die Nordkoreaner durch ihren Einmarsch in den Süden 1950 das Pentagon als Koloss gerettet haben. So konnte die gesamte Kriegsmaschinerie der USA aus dem Zweiten Weltkrieg in den Kampf gegen den Kommunismus übergeleitet werden. Und nach dem Ende des Kalten Krieges kam der „War on Terror“ und wenn es Osama bin Laden nicht mehr gibt, gibt es doch nach wie vor Vladimir Putin.

Die grundlegende Frage in diesem Zusammenhang ist die: Welche Sicht der Welt hat man? Ist die Welt ein Ort, wo es zwar Konflikte und Herausforderungen gibt, die man grundsätzlich durch Zusammenarbeit lösen kann; oder ist es ein ständiger Kampf des Guten gegen das Böse, der keine Zusammenarbeit erlaubt?

Die Terrorattacken vom 11. September 2001 haben in den Vereinigten Staaten wohl das Gefühl verstärkt, dass das „Böse“ die „City on the Hill“ angreifen, ja vernichten will, und dass man dagegen entsprechend kämpfen muss. Diese Vorstellung stand jedenfalls im Einklang mit dem damaligen Programm der Regierung von Präsident George W. Bush: Amerika müsse entsprechend zurückschlagen; jeder Krieg in Verbindung mit dem Kampf gegen den Terror kann nur ein gerechter Krieg sein und muss, wenn notwendig, präventiv und im Alleingang geführt werden. Diese Einstellung spiegelt letztlich eine breite politische Einstellung wieder: Amerika ist die Nummer 1 in der Welt! Darüber sind sich die Experten der verschiedensten Gruppierungen ziemlich einig.

Als Josef Stalin 1929 den damaligen Chef der kommunistischen Partei der USA, Jay Lovestone fragte, warum in Amerika die proletarische Revolution keine Fortschritte macht, berief sich dieser auf den „American Exceptionalism“.

So sehr aber der Glaube an das eigene Land die USA als Leader in der Welt prädestiniert, so entstehen insofern auch Schwierigkeiten, als Amerikaner in wesentlichen Bereichen ebenso anders denken als der Rest der Welt:

- ) Sie glauben an die militärische Stärke;
- ) Sie wollen nicht durch internationale Verträge und/oder Organisationen gebunden werden;
- ) Sie wollen die Souveränität des eigenen Landes auf jeden Fall verteidigen;

Schon der Titel des Buches von John Fonte „Sovereignty or Submission“ zeigt, wie viele Amerikaner die gegebenen Alternativen sehen. Erhaltung der eigenen Souveränität um jeden Preis oder Unterwerfung unter eine internationale Organisation, gesteuert von „global governments“. Auf der Grundlage des „American Exceptionalism“ soll die eigene Souveränität in Politik, Kultur, Religion, Wirtschaft und Rechtsprechung genauso erhalten werden, wie die eigene nationale Identität. Damit dies gelingt, müssen die USA die einzige militärische Supermacht bleiben. Deshalb geben die USA für ihre Verteidigung nicht nur so viel aus wie der Rest der Welt zusammen, sie sind auch bereit, die militärische Macht zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele einzusetzen; dies nach dem Motto „foreign policy without the backing of the military is like a baseball game without a baseball bat“.

Auch dies hat eine lange Tradition: Schon Theodore Roosevelt hat gesagt: „No triumph of peace is quite so great as the supreme triumph of war“. Und tatsächlich genießt das Militär in den Vereinigten Staaten größtes Ansehen: So sagen 74% der Bevölkerung sie haben großes oder doch ziemliches Vertrauen in die eigenen Streitkräfte; während dies nur 26% vom öffentlichen Schulsystem oder gar nur 7% vom Kongress behaupten.

Eine andere Auswirkung dieser Haltung, die eigene Souveränität auf jeden Fall bewahren zu wollen, ist die Skepsis gegenüber internationalen Organisationen, bzw. überhaupt die Ablehnung internationaler Verträge. So gibt es in den Vereinigten Staaten starke Kräfte, die den Vereinten Nationen gegenüber sehr kritisch sind; wesentliche internationale Verträge wurden nicht unterzeichnet, wie das Kyoto Abkommen; die Verträge über das Verbot von Landminen; die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshof; oder die Anwerbung von Kinder-Soldaten. Diese Alleingänge setzen die Vereinigten Staaten immer wieder einer herben internationalen Kritik aus, tragen ihnen den Vorwurf der „Doppelmoral“ ein, oder überhaupt die Anschuldigung „America plays god“, wie sich John Le Carré ausdrückte.

Und noch etwas: Abgesehen davon, dass ein internationaler Führungsanspruch dann in Frage gestellt werden kann, wenn der „Leader“ für sich selbst andere Spielregeln festsetzt als für

den Rest der Welt, das Wesen von Sicherheit und Macht, und damit auch das Wesen eines internationalen Führungsanspruchs, haben sich dramatisch geändert. Waren 1000 Jahre lang Macht im internationalen Bereich vor allem militärische Macht und Sicherheit vor allem militärische Sicherheit, so reicht heute militärische Macht bei vielen Problemen nicht mehr aus, um eine Lösung zu erreichen - von den Finanzkrisen bis zum Umweltschutz und vom Schutz der Menschenrechte bis zur Verbesserung der Lebensqualität. Insgesamt muss man allerdings feststellen, dass die anglosächsischen Mächte in den letzten 300 Jahren Entscheidendes erreicht, und das Weltgeschehen in hervorragender Weise mitbestimmt haben:

-) England und Amerika haben in den letzten 300 Jahren, seit dem Spanischen Erbfolgekrieg bis hin zum Kalten Krieg, alle Weltkriege gewonnen.

-) Ihre Grundideen von Demokratie und Marktwirtschaft haben sich vielerorts durchgesetzt, bzw. weltweit Anhänger gewonnen.

-) Die USA waren das erste Land, dem es gelang einen breiten Mittelstand zu schaffen. Die anglosächsischen Mächte bestimmten weitgehend die Gesetze der Geschichte. Im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine muss man sich auch die Frage stellen, ob es notwendig ist, in Europa einen Krieg zu führen, wenn die Gesetze der Geschichte ohnehin in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft gehen. Erlaubt muss aber auch die Frage sein, ob es neben amerikanischen Interessen auch andere geben darf. Oder ist es so wie Senator Jesse Helms einmal gesagt hat, alles was die USA tun ist „inherently legitimate“

### **III) Bilaterale Beziehungen zwischen**

-) *Europa - USA*

-) *USA – Russland*

-) *Europa – Russland*

#### **1. Europa – USA: Partnerschaft mit „value gap“**

Bestimmten zunächst die europäischen Staaten durch Jahrhunderte das internationale Geschehen, so wurde Europa im Laufe des 20. Jahrhunderts als bestimmende Kraft abgelöst. Gemeinsam stellen Amerika und Europa jedenfalls einen ganz entscheidenden Faktor in der Weltpolitik dar:

-) Der transatlantische Handel beträgt 14% des gesamten Welthandels;

-) Die transatlantische Verteidigungsgemeinschaft, die NATO, ist das stärkste Militärbündnis das die Welt je gesehen hat;

-) und vor allem eines: Europa und Amerika, so wird immer wieder betont, bilden mit ihrem Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit eine Wertegemeinschaft.

### 1.1. Auffassungsunterschiede im Bereich der internationalen Beziehungen:

So sehr diese Grundwerte in weitgehend ähnlicher Form in den europäischen Verfassungen und in der amerikanischen Verfassung verankert sind, so gibt es in der praktischen Auslegung dieser Grundwerte doch erhebliche Unterschiede, insbesondere in folgenden Punkten:

-) Amerikanische Außenpolitik ist nach wie vor Machtpolitik, nach dem Motto: „foreign policy without the backing of the military is like a baseball game without a baseball bat“. Demgegenüber hat in den Beziehungen der europäischen Länder untereinander das Recht die Macht als Grundlage abgelöst.

-) Die USA halten an der nationalen Souveränität bedingungslos fest. Außenpolitik hat dem nationalen Interesse zu dienen; die USA bestimmen die Spielregeln; für das eigene Vorgehen und auch jene, die für andere gelten sollten.

-) Einen Unterschied zu Europa gibt es auch im gesamten Bereich der „moral values“, vom Kirchenbesuch, bis zum Einfluss der Religion auf die Gesellschaftspolitik. Die Revolution in der Außenpolitik, die in Europa stattgefunden hat, hat es in den USA nicht gegeben. Amerikanische Außenpolitik ist nach wie vor Machtpolitik. Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist die Aufrechterhaltung bzw. die Vergrößerung des amerikanischen Einflusses in der Welt.

Joseph Nye hat ein berühmtes Buch über „Macht im 21. Jahrhundert“ geschrieben. Nicht mehr militärische oder wirtschaftliche Stärke alleine entscheidet darüber, wer seine Interessen durchsetzen kann, sondern es zählt auch der intelligente Umgang mit anderen Kulturen und neuen Technologien.

Das ist zweifellos richtig. Nur: Die Revolution in der europäischen Außenpolitik geht wesentlich weiter: In Europa geht es nicht mehr um den Einsatz „harter“ oder „weicher“ Macht; die Ausweitung der Macht ist nicht mehr das Ziel der Außenpolitik in Europa. Für einen österreichischen oder französischen Botschafter in England stellt sich nicht mehr die Frage, ob wir mehr „harte“ oder mehr „weiche“ Macht einsetzen, es geht um die Wohlfahrt der Bürger.

Die USA haben demgegenüber nach wie vor eine traditionelle Haltung zur Außenpolitik: Fast die Hälfte der Militärausgaben der ganzen Welt, 700 Mrd. Dollar, werden von den USA getätigt. 80 % der militärischen Forschung wird in den USA getätigt. Die Vereinigten Staaten geben 3,4% des BIP für Verteidigung aus; die anderen NATO-Mitglieder 1,9%. Und vor allem eines: in Europa hat sich die Mentalität geändert - Problemlösung durch Kooperation nicht durch Konfrontation.

Die USA verstehen sich als außergewöhnliche Nation, sie bestimmen die Spielregeln. Man könnte lange über den „American Exceptionalism“ reden: Die Amerikaner verstehen sich als besonderes, auserwähltes Volk. Sie haben der Welt Demokratie und Freiheit gebracht. Madeleine Albright sprach von der „indispensable nation“.

Jedenfalls glauben viele Amerikaner, jede Beeinträchtigung der Souveränität ihres Landes, ist eine Beeinträchtigung ihrer Freiheit. Sie sehen daher eine Teilnahme an internationalen Organisationen eher skeptisch. Daher die Alleingänge der Amerikaner bei Kriegen (Irak und Afghanistan); im Umweltschutz oder hinsichtlich des Internationalen Strafgerichtshofes.

Die Haltung der USA gegenüber der EU war und ist vielschichtig. Grundsätzlich kann man wohl sagen, die USA unterstützen die europäische Einigung dort, wo sie glauben, ein vereintes Europa würde sich in einer atlantischen Partnerschaft ein- bzw. unterordnen. Sie sind dort gegen einen Ausbau der europäischen Einigung, wo sie glauben, amerikanische Interessen würden negativ berührt.

Ganz klare Worte haben die USA immer dort gefunden, wo der militärische Führungsanspruch der NATO betroffen war: Nur diese sollte für die europäische Sicherheit sein. Die USA wollen ihre Vorherrschaft in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit auch gegenüber Europa behalten.

## 1.2. *Ist eine echte Partnerschaft mit den USA möglich ?*

Angesichts dieser grundlegenden Auffassungsunterschiede und der Tatsache, dass die militärische Schlagkraft der USA jener Europas weit überlegen ist, muss die Frage erlaubt sein, ob unter diesen Gegebenheiten eine echte Partnerschaft überhaupt möglich ist. Amerikaner, die vor allem auf militärische Stärke setzen, wie seinerzeit Donald Rumsfeld, sehen Europa nicht als militärischen Player. Man konzipierte vielmehr ein „go it alone“ US-Sicherheitskonzept mit Bündnispartner nach Wahl, wobei man das „alte“ Europa abschrieb, und die Hoffnung auf die „neuen“, vom Kommunismus befreiten, Ländern setzte.

Unterschiedliche Auffassungen in der Sicherheitspolitik wurden sehr deutlich nach den Anschlägen vom 11.9. 2001. Nicht nur, dass sich dieser Tag tief in die amerikanische Psyche einprägte, in den USA verbreitete sich die Meinung, „Schurkenstaaten“ und Terroristen könnten beim Gebrauch von atomaren, biologischen und chemischen Waffen zusammenarbeiten. Die Verkörperung dieser Bedrohung stellte der irakische Präsident Saddam Hussein dar (der allerdings noch wenige Jahre vorher im Krieg gegen den Iran amerikanische Unterstützung erhielt).

Die Meinungsunterschiede hinsichtlich der Nützlichkeit eines Krieges wurden sehr deutlich anlässlich des amerikanischen Einmarsches in den Irak im März 2003. Waren die Amerikaner überzeugt durch einen „Regime-Change“ im Irak nicht nur das Böse schlechthin, verkörpert durch Saddam Hussein, beseitigen zu können, waren der französische Präsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen diesen Krieg. Daraufhin wurde in den USA eine Frankreich-feindlichen Stimmung entfacht, die dazu führte, dass Speisen mit französischen Namen umbenannt und amerikanische Leihgaben in französischen Museen zurückgefordert wurden. Der deutsche Bundeskanzler Schröder wurde überhaupt beschuldigt, „Kreuzzug“ gegen Amerika zu führen.

Die offizielle Haltung Washingtons wurde massiv unterstützt von den großen Medien des Landes. So schrieb etwas William Safire unter dem Titel „European myths about American foreign policy“ (International Herald Tribune vom 9.7. 2002), die Vereinigten Staaten haben Europa davor gerettet, ein wirtschaftlicher Vasall des Irak zu werden, der dabei war, Kuwait und Saudi Arabien zu erobern. Während Berlin und Paris den Kopf in den Sand stecken, erkennen die USA die Gefahr, die von Saddam Hussein ausgeht, der dabei ist, mit Raketen aus Nordkorea oder mit Hilfe von Terroristen und mit Massenvernichtungswaffen zuzuschlagen.

Die Amerikaner bauen ein Raketen-Abwehrsystem gegen Schurkenstaaten und Terroristen und selbst Russland musste dem zustimmen. Während die europäische Politik gegenüber den Palästinensern von Wunschdenken geprägt ist, haben die Amerikaner die „Romanze“ mit den

Terroristen längst beendet und ermuntern die Palästinenser, einen demokratischen Staat zu errichten. Und schließlich meinte der Journalist William Safire: Amerika ist nicht kriegerisch sondern Werten von Frieden und Freiheit eines Präsident Wilson verpflichtet.

Wie auch immer. Viele Europäer sahen die Dinge anders. Bei Meinungsumfragen sprachen sich starke Mehrheiten gegen die Art und Weise aus, wie George W. Bush die internationalen Beziehungen pflegte (59% der Befragten in Deutschland waren gegen seine Außenpolitik; in Frankreich sogar 61% - IHT vom 18.4. 2002) und in allen Ländern glaubte eine überwiegende Mehrheit (selbst in Großbritannien 80%), er treffe seine Entscheidungen ausschließlich im Interesse der Vereinigten Staaten.

Wie die Entwicklung zeigte, konnten jene westeuropäischen Regierungen, die die amerikanische Intervention unterstützten, politisch nicht überleben: Tony Blair musste zurücktreten, die Regierungen in Spanien und den Niederlanden wurden abgewählt.

Hat sich Wesentliches geändert?: Wohl kaum. Präsident Barack Obama konnte zunächst unter dem Slogan; „we have to do it together“ viel Enthusiasmus hervorrufen, meinte aber letztlich auch, die gemeinsamen Interventionen hätten unter amerikanischer Führung zu geschehen. Und tatsächlich konnte die Koalition gegen die Taliban in Afghanistan auf breiterer Basis angelegt werden, wenn auch wohl mit etwas Unbehagen: So engagierte sich Deutschland von vorneherein nur dort, wo es kaum zu Kämpfen kam; die Franzosen zogen vorzeitig ab; und selbst in Polen und in den Niederlanden war der Einsatz umstritten.

Was andere nach außen gerichtete Aktionen betrifft, so ist es mit viel amerikanischem Druck, immer wieder gelungen, eine gemeinsame Haltung zu erreichen, wie etwa beim Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China. Was die NATO-Erweiterung betrifft, so sprachen sich europäische Mitglieder 2008 dagegen aus, weil sie durch die Aufnahme von Georgien und der Ukraine eben mehr Instabilität in der Region befürchteten.

Die im Laufe des Jahres 2014 gegen Russland verhängten Sanktionen wurden zwar von allen Regierungen der EU mitgetragen, es ist aber nicht vermessen zu sagen, dass weite Teile der europäischen Bevölkerung etwa auch in Österreich die offizielle Haltung nicht teilten. Immer wieder hörte man Stimmen, die sagten, „diese Sanktionen sind letztlich gegen uns selber gerichtet.“

### 1.3.

### *Die Haltung der USA zur europäischen Einigung*

Die Anfänge der Bemühungen um eine europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg waren auch von den Bestrebungen der Vereinigten Staaten geprägt, eine stärkere Zusammenarbeit unter den damals westeuropäischen Staaten zu erreichen. So verlangten die USA, dass die Mittel aus dem Marshall-Plan koordiniert verteilt würden, was zur Gründung der OEEC führte. Seither hat die US-Haltung unterschiedliche Ausprägungen erfahren, wobei man wohl folgende Fixpunkte erkennen kann:

-) Europa soll nicht zu mächtig und zu eigenständig werden; Die amerikanische Vorherrschaft muss gewahrt bleiben.

-) Auf keinen Fall soll eine eigene europäische Verteidigung als Konkurrenz zur NATO entstehen.

-) Eine Skepsis gegenüber einer eigenen europäischen Währung, dem EURO, ist im breiten Maße gegeben.

Was die Sicherheitspolitik betrifft, so werden seitens der USA, parteiübergreifend, europäische Sonderwege abgelehnt: Hat der Republikaner John Walton, US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, schon mit Gründung einer europäischen „Russian deployment force“ einen Dolchstoß ins Herz der NATO gerammt; und der frühere Direktor der CIA, James Woolsey, ein Demokrat, verglich von sich aus die Situation mit einer Szene aus einem Wildwestfilm: Amerika ist der einsame Sheriff, der für Ordnung sorgt, während sich die Europäer in ihren Hütten verkriechen, und den Banditen das Gesetz des Handelns überlassen.

Schon die Regierung Clinton setzte Hoffnung auf das „Neue Europa“, also auf jene Länder, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs von der kommunistischen Herrschaft befreit worden waren. In diesem Sinne wurde von den USA die NATO-Erweiterung vorangetrieben, wobei sich auch zeigte, dass die neuen NATO-Mitglieder die militärische Vorherrschaft der USA schon bei der Irak-Invasion 2003 voll anerkannten.

Nicht schwer fällt es vielen Amerikanern, den EURO als gewagtes, ja zum Scheitern verurteiltes Projekt hinzustellen. So vergleicht Roger Cohen in einem Artikel unter der Überschrift „The EURO has no clothes“ die gemeinsame europäische Währung mit dem Völkerbund, der kläglich gescheitert ist (IHT 30.11. 2010); und Paul Krugmann schreibt in derselben Ausgabe „The Spanish prisoner“, dass Spanien kaum eine Chance hat, unter den Zwängen einer gemeinsamen Währung aus der Wirtschaftskrise auszubrechen.

Als „Erfolg“ wird immer wieder dargestellt, dass es den EURO überhaupt noch gibt. Damit verbunden ist dann aber auch die Frage, wie lange die EURO-Krise anhalten würde, bzw. was getan werden müsste, um die strukturellen Schwierigkeiten zu überwinden. Als strukturelle Probleme werden dabei die stagnierende Wirtschaft in vielen Ländern, die schwachen Banken und die Tatsachen angesehen, sodass grundsätzlich notwendige Reformen nicht angegangen werden. In diesem Zusammenhang werden auch immer wieder Berichte zitiert, die darauf hinweisen, dass eben eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik nicht möglich ist.

Diese kritische Haltung zum europäischen Einigungsprojekt generell, veranlasst einige Amerikaner immer wieder festzustellen, dass eben dieses Projekt den Abstieg eines Kontinents widerspiegelt. „Die USA bauen auf persönliche Freiheit, auf einen freien Markt, und auf eine Regierung die dem Bürger gegenüber verantwortlich ist, alles, was die EU nicht hat“, schreibt etwa Nile Gardiner; und Mitt Romney hat in seinem Wahlkampf 2012 immer wieder davor gewarnt, dass sein Gegenspieler Obama, „das gescheiterte europäische Modell des Wohlfahrtsstaates“ in den USA einführen möchte. Ganz in diesem Sinne hat Walter Russel Mead bei einer Veranstaltung der „Brookings Institution“ einmal die Frage gestellt, „ob Europa überhaupt den Willen hat, biologisch und kulturell zu überleben“.

Es sollen aber auch Publikationen erwähnt werden, die in den USA immer wieder erscheinen, in denen die Leitungen Europas hervorgehoben werden. So das Buch von T. R. Reid, einem Journalisten der Washington Post, „The United States of Europe“, mit dem Untertitel „The new superpower and the end of American supremacy“. Und auch Jeremy Rifkin schreibt in seinem Buch „The European dream“, dass die Amerikaner in der Vergangenheit verankert sind und das europäische Ideal von mehr Lebensqualität für den Menschen die Zukunft prägen könnte.

So kann man insgesamt wohl sagen, dass, was die Sicht Europas betrifft, die Amerikaner diese nach der eigenen ideologischen Position vornehmen: die Konservativen sehen in den Europäern atheistische Feiglinge, die ihren Niedergang verdienen; während die Liberalen durchaus auch die in Europa erreichten sozialen Leistungen und die damit verbundene Lebensqualität anerkennen.

## 2. USA – Russland: Vom Containment zum Roll-back

### 2.1.

#### Die USA: Ein klarer Sieger im Kalten Krieg

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war von der machtpolitischen und ideologischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten geprägt: den USA und der UdSSR. Der Kalte Krieg wurde auf verschiedensten Ebenen und auf allen Kontinenten geführt, wobei sich letztlich vor allem auch das gesellschaftspolitische Modell der USA und die amerikanische Zivilisation als stärker und attraktiver erwiesen, wie es Peter Conrad in seinem Buch „How the World was won – The Americanisation of everywhere“ beeindruckend darlegt. Vor allem die Jugend, gerade auch in den Ländern des Ostblocks, fand Elvis Presley und Bing Crosby, sowie Coca Cola und die westlichen Blue Jeans attraktiver als die vom jeweiligen Zentralkomitee vorgegebene Lebensweise. Dass die Sowjets mit der schon von Ronald Reagan gestarteten Hochrüstung bei einem fallenden Ölpreis nicht mithalten konnten, besiegelte endgültig das Schicksal der Sowjetunion, die am 25.12. 1991 endgültig zusammenbrach. Damit hatte der Kalte Krieg einen eindeutigen Sieger, die USA und einen klaren Verlierer, die Sowjetunion bzw. Russland.

Die Russische Föderation, die das Erbe der Sowjetunion antrat, umfasste nur mehr die halbe Bevölkerung und 70% des früheren Territoriums. Alle territorialen Gewinne, die russische Herrscher seit Peter dem Großen bzw. seit Katharina der Großen dem russischen Reich einverleibt hatten, gingen verloren. Die kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas gewannen ihre volle Souveränität; 25 Millionen ethnische Russen lebten nunmehr außerhalb des Landes in den nunmehr selbstständig geworden früheren Sowjet-Republiken.

So wie die Sowjetunion der eindeutige Verlierer des Kalten Krieges war, waren die Vereinigten Staaten der eindeutige Sieger. Ihre Ideen von Demokratie und Marktwirtschaft setzten sich durch, erhielten ein zusätzliches weltweites Appeal, die USA wurden die einzig verbleibende Supermacht.

Wie groß war das Ausmaß des amerikanischen Sieges? Einige Fragen in diesem Zusammenhang stehen seither im Raum:

- ) Darf ein Land wie Russland eigene Interessen haben?
- ) Wenn die USA 120 Militärbasen im Ausland unterhalten, mit Stützpunkten von Zentralasien bis Zentralafrika, darf dann Russland zumindest einige Stützpunkte haben, zumindest in der „näheren Umgebung“?
- ) Kann Russland einen eigenen innerstaatlichen Weg gehen; etwa hinsichtlich Kirche oder Familie Werte vertreten, die von jenen der USA abweichen?

-) Soll der Verlierer im Kalten Krieg so behandelt werden wie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg in Versailles - oder will man ein partnerschaftliches Verhältnis anstreben ?

In der Folge soll dargelegt werden, wie sich zwischen den Vereinigten Staaten und Russland Phasen der Kooperation und solche der Konfrontation abwechselten, welche Auswirkungen die innere Entwicklung Russlands auf die bilateralen Beziehungen hatte und hat; sowie welche Rolle die NATO-Erweiterung spielte.

Generell kann man wohl sagen, dass zunächst das aus dem Kalten Krieg stammende Grundmuster der amerikanischen Haltung, nämlich „Containment“ bzw. Nicht-Einmischung beibehalten wurde; mit der Zeit aber zunehmend von Bemühungen eines „roll-back“ des russischen Einflusses abgelöst wurde, was etwa in der NATO-Erweiterung zum Ausdruck kam.

Die bilateralen Beziehungen waren dann einerseits von den gegebenen politischen Fragen bestimmt, ob Abrüstung oder Afghanistan-Krieg; Einmarsch in den Irak oder Kampf gegen den Terrorismus, aber auch von den handelnden Personen. So haben Bush-Vater und Gorbatschow, Bill Clinton und Boris Jelzin bzw. George W. Bush und Putin jeweils auch ihren persönlichen Stil einfließen lassen.

## 2.2.

### Bemühungen um eine Zusammenarbeit

Als sich George H. W. Bush sen. und Michail Gorbatschow Anfang Dezember 1998 auf Malta trafen, war die gemeinsame Pressekonferenz ein Symbol dafür, dass eine neue Zeit angebrochen war. Aber wer wusste, kaum zwei Monate nach dem Fall der Berliner Mauer, wie es weitergehen würde? Die Deutsche Einigung stand im Raum. Aber wer wollte diese? Die englische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher vertrat den Standpunkt, dass die Länder Osteuropas mindesten 15 Jahre lang ihre demokratische Reife zeigen müssten, bevor irgendwelche Grenzen geändert werden könnten. Der Standpunkt der Franzosen, die sagten, sie liebten Deutschland so sehr, dass sie gerne zwei davon hätten, ist bekannt.

Unmittelbar nach dem Malta-Treffen ließ Präsident Bush sen. zunächst erkennen, dass er gegen eine deutsche Wiedervereinigung sei, sagte dann aber: „Es ist nicht die Rolle der Vereinigten Staaten, anderen Ländern vorzuschreiben, wie rasch sie sich ändern müssen. Die Leute sollen selber entscheiden“. Die Sowjetunion wiederum wollte kein vereinigt neutrales Deutschland, welches nirgends hingehörte und machte klar, dass US-Truppen in Europa und Westdeutschland bis zur Erstellung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung durchaus bleiben könnten (IHT 8.12. 1989).

Schon vorher konnte man in derselben Zeitung in einem Kommentar von Anthony Lewis lesen: „Gorbatschow muss geholfen werden, worauf wartet Bush noch?“. Es ginge darum, in der Sowjetunion ein wirtschaftliches Desaster zu vermeiden; und auch darum, Altkommunisten, die sich gegen Gorbatschows Politik „Perestroika“ stellten, keinen weiteren Auftrieb zu geben.

Und Präsident Bush sen. versuchte tatsächlich zu helfen: Im Rahmen eines weiteren Gipfeltreffens in Moskau (1991) mit Präsident Gorbatschow wurde Ende Juli der SART (Strategic Arms Reduction Talks) Vertrag unterzeichnet. Die USA und die Sowjetunion verpflichteten sich, ein Viertel bis zu einem Drittel ihrer strategischen Nuklearwaffen zu vernichten (Immerhin würden jeder Seite noch 8000 – 10.000 nukleare Sprengköpfe bleiben).

Aber vor allem eines: Präsident Bush sen. flog von Moskau weiter in die ukrainische Hauptstadt Kiew, wo er sich in einer Rede vor dem Parlament gegen die ukrainische Unabhängigkeit von der Sowjetunion aussprach und vor einem „selbstmörderischen Nationalismus“ warnte. Wörtlich sagte der amerikanische Präsident: „Americans will not support those who seek independence in order to replace a far off tyranny with local espotism. They will not aid those who promote a suicide of nationalism based on ethnic hatred“.

Außerdem weigerte er, Präsident Bush sen., sich, Führer der ukrainischen Unabhängigkeits-Bewegung zu treffen. Und dies alles einige Monate bevor die Ukraine im Dezember 1991 für die Loslösung von der Sowjetunion stimmte. Dass diese Rede nicht von allen Landsleuten des Präsidenten gutgeheißen wurde, konnte man in der New York Times nachlesen, wo sie William Safire als „Kiev chicken-speech“ brandmarkte.

In diesem Geist einer neuen Zusammenarbeit ist auch die Haltung Moskaus ein Jahr vorher im Zusammenhang mit dem ersten Irak-Krieg zu sehen. Als Saddam Hussein im August 1990 Kuwait überfiel und die USA im UNO-Sicherheitsrat eine Strafexpedition verlangten, legte die Sowjetunion kein Veto ein, um ihren alten Verbündeten zu schützen.

Dieser Geist der Zusammenarbeit fand seine Fortsetzung, als Russland die Nachfolge der Sowjetunion angetreten hatte, und Boris Jelzin sein Präsident wurde. Ein Gipfeltreffen mit Präsident George H.W. Bush sen. im Juni 1992 zeigte, dass die beiden zwar keine Alliierten waren, aber auch keine Feinde mehr. Russland sollte von den USA ein Multi-Milliarden-Dollar Hilfspaket bekommen, für das sich vor allem der Senator von Delaware, Joseph R. Biden jun., einsetzte. Immerhin waren die bilateralen Beziehungen soweit gediehen, dass es kaum Kritik aus Washington gab, als Boris Jelzin im Oktober 1993 das von der Opposition kontrollierte Parlament beschließen ließ; oder im Dezember 1994 russische Truppen in die abtrünnige Provinz Tschetschenien schickte. Bill Clinton äußerte sich sogar dahingehend, dass ihm „ein betrunkenener Jelzin“ immer noch lieber sei, als die Alternativen nüchtern.

Als Jelzin bekräftigte, er würde die Reformen weiterführen, bekam er von Clinton sogar das Angebot der „Partnerschaft für den Frieden“ beizutreten. Die USA erweckten damals auch den Anschein, als könnte Russland seine Interessen in der „unmittelbaren Partnerschaft (near abroad) wahrnehmen. Jedenfalls war es ein Ausdruck dieses Klimas, dass im Mai 1997 am NATO-Gipfel in Paris der „NATO-Russland-Founding-Act“ unterzeichnet wurde. Darin bekräftigten beide Seiten ihre friedlichen Absichten und ihren Willen zur Zusammenarbeit. Der dann beschlossene NATO-Beitritt von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik enthielt jedoch schon den Keim für kommende Divergenzen.

Auch als Vladimir Putin Präsident in Moskau wurde und George W. Bush jun. in den USA gewählt wurde, gab es vor allem von amerikanischer Seite echte Vertrauensbeweise: So erklärte Bush jun. nach einem Gipfel-Treffen mit Putin in Slowenien im Juni 2001: „Ich blickte in seine Augen und spürte seine Seele!“, und fügte hinzu: „Ich bin überzeugt, dass er und ich eine ehrliche Beziehung unter gegenseitiger Achtung aufbauen können.“

In ganz ähnlicher Weise äußerte sich Bush jun. über Putin kurz darauf: „Ich fand einen Mann, der sich klar darüber ist, dass seine Zukunft im Western liegt, nicht im Osten; dass wir gemeinsame Sicherheitsinteressen haben, insbesondere was den islamischen Fundamentalismus betrifft; und der versteht, dass Raketen uns beide treffen können!“ Sosehr all diese Äußerungen Ausdruck eines Willens zur Kooperation waren, gab es auch damals schon von amerikanischer Seite anders lautende Erklärungen. So sagte der republikanische

Senator und spätere Präsidentschaftskandidat John McCain: „Ich blickte in seine Augen und sah 3 Buchstaben: KGB!“ Und die Präsidentenberaterin und spätere Außenministerin Rice sagte im Februar 2001 in einem Interview in Le Figaro:“ Ich glaube Russland ist für den Westen eine Gefahr im Allgemeinen und für unsere Verbündeten im Besonderen!“ Außerdem wurde in US-Medien kritisiert, dass die amerikanische Regierung über den von Moskau in Tschetschenien geführten Krieg hinwegsehen würde.

Damals, im Frühjahr 2001, setzte auch eine Überprüfung der Moskau beim Abbau der atomaren, biologischen und chemischen Waffen gewährten Hilfe ein. Es ging nicht nur darum, ob die von Washington gegebenen Milliarden zweckmäßig eingesetzt würden, die Maßnahmen waren auch Ausdruck wachsender Spannungen, was mehrere Gründe hatte. So stellte man fest, dass die Russen einen Top-Spion im FBI eingeschleust hatten. Andererseits hielt Washington am Bau von Abwehrraketen fest und kritisierte, dass Russland Nukleartechnologie an den Iran verkaufte. Von russischer Seite hingegen beklagte man, dass die in der Clinton Ära aufgebaute Partnerschaft aufgegeben würde und warf Washington vor, einen neuen kalten Krieg zu verursachen.

Gleichzeitig gab es auch Aufrufe zu einer verstärkten Zusammenarbeit, um eben einen neuen Kalten Krieg zu vermeiden. So legten Graham T. Allison von der Harvard University und Sergey Karaganov von der Russischen Akademie der Wissenschaften in einem gemeinsamen Artikel in der International Herald Tribune (3.4. 2001) dar, dass echte Gefahren wie Terrorismus, Weiterverbreitung von Kernwaffen, oder aggressive Staaten beide Seiten in gleicher Weise betreffen könnten, weshalb eine Zusammenarbeit in jedem Fall vorteilhaft wäre.

Einen neuen Ansatz für Zusammenarbeit brachten die Terrorattacken vom 11.9. 2001. Putin fühlte sich mit seiner ständigen Warnung vor dem militanten Islamismus bestätigt und sagte Präsident Bush im Kampf gegen den Terror volle Unterstützung zu.

Dieser gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus, die beiderseitigen Anstrengungen hinsichtlich der Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen, gemeinsame Wirtschafts-Interessen, und das neue Verhältnis Russlands zur NATO, all dies schuf eine Atmosphäre zwischen den USA und Russland, die von manchen als „Detente“ bezeichnet wurde.

Anlässlich eines Gipfeltreffens zwischen Bush jun. und Putin wurde dann auch ein Vertrag unterzeichnet, in dem sich beide Länder verpflichteten, die nationalen Sprengköpfe bis 2012 weiter auf 2.200 zu reduzieren. Fast genau 30 Jahre vorher hatte Richard Nixon mit Leonid Breschnew den „Anti-Ballistic-Missile-Vertrag“ und den ersten „Strategic Arms Limitation Treaty“ unterzeichnet. Condoleeza Rice erklärte daher, der neue russisch-amerikanische Vertrag wäre nicht der erste im 21. Jahrhundert, sondern der letzte des 20. Jahrhunderts. Die Ära des Kalten Krieges sollte also endgültig vorbei sein. Die beiden Präsidenten sahen sich als Partner und hoben sogar ihre Freundschaft hervor.

Tatsächlich gab es auch später immer wieder Phasen der Zusammenarbeit bzw. Gespräche, die in einer „guten Atmosphäre“ stattfanden. So hielten sich Außenministerin Rice und Verteidigungsminister Bill Gates zu Verhandlungen über die von den USA beabsichtigte Raketenabwehr im März 2008 in Moskau auf. Beide zeigten sich sehr zufrieden, obwohl nicht nur der Verhandlungsgegenstand heikel war, sondern auch die mit Georgien und mit der Ukraine beabsichtigte Erweiterung der NATO für Spannungen sorgte. Auf dieser Linie agierten auch Madeleine Albright und Igor Iwanow, die beiden früheren Außenminister, die am 1.1. 2013 zu einer neuen amerikanisch-russischen Zusammenarbeit aufriefen, und

folgende Punkte als Basis für eine Kooperation anführten: Abbau der nuklearen Gefahr durch weitere Reduzierung des Waffen-Arsenals; immerhin kontrollierten die beiden Länder gemeinsam 90% des gesamten Waffen-Arsenals der Welt.

Weiters erwähnten sie die Zusammenarbeit im Kampf gegen die Taliban in Afghanistan und die Unterstützung des Nachschubs für die dort eingesetzten NATO-Streitkräfte. Außerdem könnten, so die beiden früheren Außenminister, Handel und Investitionen intensiviert werden. Jedenfalls sollten Auffassungsunterschiede in einigen Fragen, wie hinsichtlich Syrien oder den Menschenrechten, den Dialog und die Zusammenarbeit in anderen Bereichen nicht verhindern.

Es hat also nach Beendigung des Kalten Krieges immer wieder sehr starke und zum Teil auch erfolgreiche Bemühungen gegeben, die amerikanisch-russischen Beziehungen auf eine neue Ebene zu stellen. Allerdings gab es auch immer wieder Schwierigkeiten, ja auch Phasen der Konfrontation, bis hin zum Ukraine Debakel. Diese Entwicklung soll im Folgenden näher aufgezeigt werden.

### 2.3.

### Perioden der Konfrontation

Obwohl der Wille zur Zusammenarbeit seit Ende des Kalten Krieges wohl immer vorhanden war, ist es auch regelmäßig zu neuen Spannungen gekommen bis hin zum Krieg in der Ukraine. Der Grund dafür liegt wohl darin, dass grundlegende Fragen, wie jene, ob Russland eigene nationale Interessen haben darf, nie geklärt wurden. Zumindest vier Bereiche sind es, die immer wieder für Spannungen sorgten:

-) Die westliche Einflussosphäre wurde nach Ende des Kalten Krieges stark ausgedehnt, was insbesondere durch die NATO Erweiterung zum Ausdruck kam. Russland hat dagegen immer wieder Einspruch erhoben, noch dazu, wo Moskau nicht einmal in der unmittelbaren Nachbarschaft eigene Mitsprache eingeräumt wurde.

-) In Krisengebieten, wie im Kosovo, in Syrien oder der Ukraine wurde eine russische Mitsprache nicht geduldet; Russische Interessen wurden nicht anerkannt, sondern als illegitim abgetan.

-) Die USA nehmen für sich bei Streitfragen die jeweilige Agenda in Anspruch, bzw. das Recht die Regeln festzusetzen, wie etwa bei der Auflösung des ABM-Vertrages oder welchem Land es erlaubt sein soll, unabhängig zu werden. Gleichzeitig verurteilen die Vereinigten Staaten all jene, die ihre Politik nicht unterstützen, wie z.B. hinsichtlich der Irak-Intervention 2003.

-) Amerika nimmt für sich das Recht in Anspruch, im „Kampf für das Gute“, sich in die inneren Angelegenheiten eines jeden Staates einmengen zu können, was anderen, wie etwa Russland im „near abroad“ absolut verwehrt wird. Dabei hat Amerika, verglichen zum Kalten Krieg seine Taktik geändert. War es während des Kalten Krieges Aufgabe des Auslands-Geheimdienstes CIA, durch „Regime-Change“ in einem Land eine amerika-freundliche Regierung zu installieren, so werden nunmehr hunderte von NGO's und Demokratie-Instituten finanziert, die dann im geeigneten Zeitpunkt bereit sind, auf „demokratische Weise“ eine Regierung zu stürzen.

### 2.3.1. Die NATO-Ost-Erweiterung

Unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer, im Dezember 1989, erklärte der sowjetische Außenminister Schewardnadse noch: „Die NATO und der Warschauer Pakt könnten in den gewaltigen Veränderungen, die sich in Europa abzeichneten, eine stabilisierende Rolle spielen. Er sprach im Hauptquartier der NATO, die damals lediglich 16 Mitglieder zählte, seine Rede wurde heftig applaudiert.

Als es dann ein halbes Jahr später bei Verhandlungen zwischen dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Michail Gorbatschow um die deutsche Wiedervereinigung ging, hat sich Moskau vehement dagegen ausgesprochen, dass ein vereinigtes Deutschland als Ganzes Mitglied der NATO wird. Als sich dann nach dem Zusammenbruch der UdSSR auch der Warschauer Pakt auflöste, wollte man in Moskau, dass sich auch die NATO auflöst. Tatsächlich haben die USA ihre 300.000 Mann, die in Europa stationiert waren, radikal gekürzt, aber die NATO wurde nicht aufgelöst.

Bei einem NATO Gipfel in Prag im Jänner 1994 stimmte Bill Clinton einer NATO Erweiterung zu („not if, but when“), Boris Jelzin's Reaktion darauf war, dies würde zu einem „Kalten Frieden“ führen. Die Erweiterung wurde dann bis nach dem für Boris Jelzin, im Jahre 1996, schwierigen Wahlen aufgeschoben; aber beim Madrider Gipfel der NATO 1997 wurden Ungarn, Polen und die Tschechische Republik eingeladen, beizutreten. Dieser Beitritt erfolgte im März 1999.

Schon 1996 hatte sich der amerikanische Senator Richard Lugar auf einer Europa-Reise, die ihn auch nach Warschau und Prag führte, für eine „doppelte Erweiterung“ der NATO ausgesprochen: Für eine Erweiterung um neuen Mitglieder, und eine für neue Aufgaben. Die NATO sei, so Lugar, durch ihre Mission in Bosnien „revitalisiert“ worden; Diese neue Dynamik müssen bewahrt werden.

Beitrittsbestrebungen der Baltischen Länder wurden damals nicht berücksichtigt. Der finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari äußerte sich dahingehend, dass ein NATO-Beitritt mehr Stabilität und nicht mehr Instabilität für die Region bringen sollte und auch in manchen westlichen Hauptstädten wurde eine Beitritt der Baltischen Staaten „wegen ihres nicht einfachen Verhältnisses zu Russland und wegen der grundsätzlich ablehnenden Haltung Moskaus“, als problematisch, wenn nicht gar unrealistisch angesehen (FAZ 1.5. 1996).

Moskau war jedenfalls durch die NATO-Erweiterung sehr betroffen, und das nationale Parlament, die Duma, weigerte sich den START II-Vertrag zu ratifizieren.

Um den Russen nicht ganz das Gefühl zu geben nicht ganz ausgeschlossen zu sein, wurden Gremien geschaffen, die zumindest einen Rahmen für Gespräche bilden sollten. So wurde 1997 der „NATO-Russia-Founding-Act“ unterzeichnet, der ein „NATO-Russian-Permanent-Joint-Council“ installierte. Dieses neue Gremium sollte die Grundlage für eine stabile und friedliche Sicherheitsstruktur in einem gemeinsamen Europa bilden. Die Beziehungen zwischen NATO und Russland sollten dabei ein Kernstück sein. In der Praxis zeigte sich aber, dass der „Founding-Act“ über einen Debattierstrich-Club nicht hinauskam; und Russland zog sich dann überhaupt aus Protest zurück als 1999 Jugoslawien von der NATO bombardiert wurde.

Im Mai 2002 wurde dann der „NATO-Russland-Rat“ geschaffen, wodurch Russland weitgehend ein Partner der NATO werden sollte. Von manchen wurde dies als epochaler und historischer Schritt gefeiert. Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Russland bei der Reduzierung der Atomwaffen, sowie im Kampf gegen die Terroristen in Afghanistan hat den Weg dafür geebnet.

Der Rat sollte einmal im Monat auf Botschafter-Ebene zusammenkommen, und zweimal jährlich als Treffen der Außen- und Verteidigungsminister dienen.

Was den zu behandelnden Themen-Katalog betrifft, so sollte dieser vom Kampf gegen den Terrorismus bis zur Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen; Krisenmanagement; sowie vom Katastrophenschutz bis zur militärischen Zusammenarbeit reichen. Dabei wurde Russland allerdings nicht das Recht eingeräumt, Entscheidungen des Nord-Atlantik-Rates, der höchsten Autorität der NATO, zu blockieren, dennoch sprach der Generalsekretär der NATO Lord Robertson, von „gleichberechtigten Partnern“. Putin selbst erklärte, die Bedeutung des neuen Gesprächsforums könne kaum überschätzt werden, und in westlichen Medien war davon die Rede, der russische Präsident habe sein Land in „Gleichschritt mit dem Westen gebracht“ (IHT 29.5. 2002).

Allerdings wurden auch damals bestehende Widersprüche nicht ausgeräumt. Denn selbst in den Tagen der Gründung des NATO-Russland-Rates erklärte ein Sprecher des russischen Außenministeriums, Russland würde sich weiter gegen eine Erweiterung der NATO stellen, die frühere Mitglieder des Warschauer-Paktes einschließt - er bezeichnete jede Erweiterung als unverzeihlichen Fehler.

Immerhin, die neue Institution sollte die letzten Überreste des Kalten Krieges endgültig beseitigen. Putin erklärte, die langjährige Opposition gegen den Westen habe Russland nichts Gutes gebracht, und der französische Präsident Chirac stellte fest, Putin habe Russland auf den Kurs für politische und wirtschaftliche Reformen gebracht, obwohl zumindest Teile des russischen Militärapparates dagegen waren.

Tatsächlich strebte Washington auch weiterhin eine Erweiterung der NATO an. Dies umso mehr, als der US-NATO Botschafter Nicolas Burns anlässlich einer Europareise feststellte, dass zahlreiche frühere kommunistische Länder die NATO-Mitgliedschaft anstrebten, obwohl ihnen der „NATO Membership Action Plan“ (MAP) Reformen und Belastungen auferlegt. Aber diese Haltung deckte sich mit den Interessen der USA, mit den neuen NATO-Mitgliedern neue Beziehungen und neue Möglichkeiten zu gewinnen.

### 2.3.2. Politische Differenzen

Nicht nur die ständigen Bemühungen Washingtons, seinen Einfluss weiter nach Osten auszudehnen, irritierten Moskau. Auch der amerikanische Einmarsch im Irak im März 2003 stieß auf den Widerstand Russlands. Im November 2002 hatte Russland noch der UNO-Resolution 1441 zugestimmt, die den Irak zwang, Waffen-Inspektoren zuzulassen. Aber am 5. März 2003 erklärten die Staatshäupter von Frankreich und Russland sowie der deutsche Bundeskanzler, dass sie einem Krieg gegen den Irak nicht zustimmen. Die amerikanische Irak-Invasion wurde in Moskau als Beweis dafür angesehen, dass die USA nicht zuverlässig sind.

Negativ auf die US-Russland Beziehungen wirkten sich auch die „farbigen Revolutionen“ aus: Die „Rosa Revolution“ in Georgien 2003; die „Orange Revolution“ in der Ukraine 2004; sowie die „Tulpen Revolution“ in Kirgistan 2005. In all diesen Ländern wurden pro-westliche Regierungen installiert, was von russischer Seite als Einkreisungstaktik empfunden wurde. Dies wohl auch deshalb, weil so mancher pro-westliche Aktivist glaubte, es genüge nicht, westliche Interessen zu vertreten, sondern man müsse sich auch aktiv gegen Russland engagieren.

Russland reagierte entsprechend: Es kam zu militärischen Zwischenfällen mit Georgien, zu diplomatischen Auseinandersetzungen mit Estland und auch zu einer Erhöhung der russischen Verteidigungsausgaben. Putin warnte westliche Organisationen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Russlands einzumischen, und im November 2005 wurde von der DUMA ein neues Gesetz beschlossen, das jene NGO's betraf, die vom Ausland finanziert wurden.

Beim NATO Gipfel 2008 in Bukarest unternahm der amerikanische Präsident George W. Bush jun. einen massiven Vorstoß, um Georgien und die Ukraine in die Allianz aufzunehmen. Zumindest sollte ihnen der „Membership Action Plan (MAP)“ angeboten werden. Die US-Initiative wurde von der tschechischen Regierung sowie von Polen und den Baltischen Ländern unterstützt; andere, wie Deutschland, Frankreich und Italien waren dagegen. Dabei haben die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier ihre Haltung damit begründet, dass die beiden Länder für den Membership Action Plan nicht reif wären.

Aber die USA ließen nicht locker. Nach dem vom georgischen Präsidenten Saakaschwili im August 2008 gegen Russland losgetretenen Krieg, der zunächst in vielen Medien als russische Aggression gegen Georgien dargestellt wurde, unternahm Außenministerin Condoleeza Rice im Herbst 2008 eine neue Initiative hinsichtlich der Aufnahme von Georgien und der Ukraine in die NATO. Entgegen dem in Bukarest gefundenen Kompromiss wollte sie die skeptischen Europäer überreden, der Ukraine und Georgien die im MAP vorgesehenen Reformen zu erlassen.

Die Russland-NATO Beziehungen wurden dadurch nicht verbessert. Als Anders Fogh Rasmussen 2008 sein Amt als NATO-Generalsekretär antrat, fand er jedenfalls nach eigenen Worten, dass ein „Neubeginn der Beziehungen“ gut wäre. Tatsächlich gelang es ihm, die konkrete Zusammenarbeit in fünf Bereichen zu verstärken: Kampf gegen den Terrorismus; bei den Bemühungen um die Nicht-Weiterverbreitung von Massen-Vernichtungswaffen; bei der Stabilisierung von Afghanistan, insbesondere bei Container-Transporten durch russisches Gebiet; und bei der Eindämmung des Heroin-Handels; bei der Bekämpfung der Piraten, sowie bei Natur-Katastrophen. Obwohl Rasmussen später feststellte, die NATO-Russland Beziehung wäre für alle von größter Bedeutung, ist es dennoch nicht gelungen Russland als strategischen Partner zu gewinnen, was sich vor allem in der Ukraine Krise zeigte.

### 2.3.3. Meinungsverschiedenheiten in Krisengebieten

War die NATO-Erweiterung schon ein erhebliches Hindernis, um zwischen der USA und Russland eine dauerhafte Vertrauensbasis zu schaffen, so gab es auch immer wieder Meinungsverschiedenheiten darüber, wie internationale Krisen gelöst werden könnten, etwa hinsichtlich des Kosovo, Syriens oder der atomaren Bewaffnung des Iran.

Im März 1999, nur zwei Wochen nachdem die neuen Mitglieder der Allianz beigetreten waren, begann die NATO, Ziele in Jugoslawien zu bombardieren. Der Grund dafür war, dass die „Internationale Gemeinschaft“ unter der Führung der USA den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic dazu bringen wollte, in der aufständischen Provinz Kosovo internationale Peace-Keeper zu stationieren. Damit sollte der jugoslawischen Armee die Möglichkeit genommen werden, weiter gegen die aufständischen Albaner vorzugehen.

Als die NATO-Bombardements begannen, war der russische Ministerpräsident Primakow gerade auf dem Flug nach Washington, um dort über ein finanzielles Hilfspaket zu verhandeln. Die Russen waren erbost darüber, dass die Amerikaner gegen ihren Willen in Europa militärische Gewalt einsetzten um ihren politischen Willen durchzusetzen; und Primakow gab mitten über dem atlantischen Ozean Order, das Flugzeug habe umzudrehen und nach Moskau zurückzufliegen.

Moskau hatte lange zurückreichende Bindungen zu Serbien und wollte zumindest den Schein wahren, Slobodan Milosevic zu helfen. In diesem Sinne beteiligte sich Moskau an der militärischen Besetzung des Kosovo, als Milosevic seine Truppen zurückzog. Damit wurde, zumindest für die kommenden Jahre, die formale Souveränität Jugoslawiens über den Kosovo erhalten. Aber die US-Russischen Diskrepanzen über das weitere Vorgehen waren nicht beigelegt.

Seit im Jahre 2002 bekannt wurde, dass der Iran ein geheimes Atom-Aufbereitungsprogramm verfolgte, war dies, trotz einer gewissen Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland, immer wieder ein Grund für Diskrepanzen. Die USA vertraten die Ansicht, dass die weitere Verfolgung dieses Programms dem Iran die Möglichkeit geben könnte, Atomwaffen zu erzeugen. Sanktionen sollten dies verhindern.

Russland war ebenfalls dagegen, dass der Iran Atomwaffen besitzt, war aber auch gegen Sanktionen. Dem Iran sollte es auch ermöglicht werden, den Buschehr Atomreaktor fertigzustellen, um diesen zu wirtschaftlichen Zwecken zu nützen. Seit 2005 setzte sich Moskau für eine Kompromisslösung ein, wonach das in Buschehr aufbereitete Material in Russland weiterbehandelt werden würde. Aber weil die ganze Frage für den Iran auch eine der nationalen Souveränität und der nationalen Selbstbestimmung war, andererseits „hardliner“ in Washington die Meinung vertraten, Teheran wolle vom Bau von Atombomben nicht ablassen, erwies sich ein Kompromiss als äußerst schwierig.

Der offizielle Besuch Dmitry Medvedev als russischer Präsident in Deutschland im Juni 2008 war zwar geprägt vom Bestreben um den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen (immerhin unterhielten 4600 deutsche Unternehmen Vertretungen in Russland), aber auch bei dieser Gelegenheit kritisierte der neue russische Präsident, Georgien und der Ukraine die NATO-Mitgliedschaft anzubieten. Jedenfalls brach im August darauf der russisch-georgische Krieg aus, wobei sich die zunächst verbreitete Meldung, Russland hätte gänzlich unprovokiert eine Invasion gestartet, bald als falsch erwies. Vielmehr war es wohl so, dass der georgische Präsident Saakaschwili in der Hoffnung auf amerikanische Unterstützung einen Angriff startete, um die verlorengegangenen Provinz Süd-Ossetien wieder zu gewinnen. Die russischen Truppen haben massiv zurückgeschlagen und auch Teile von Georgien besetzt. Damals wurde jedenfalls sehr klar, dass Russland auf die NATO-Mitgliedschaft eines Landes unmittelbar an seiner Grenze reagiert. Dimitri Medvedev erklärte in diesem Zusammenhang, es gäbe keine Gründe für einen neuen Kalten Krieg, aber die Beziehungen zu den USA hatten ohnehin einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Hellsichtige Analytiker erkannten damals den Ernst der Situation und warnten davor, dass ein analoges Vorgehen in der Ukraine eine analoge Reaktion Russlands hervorrufen würde.

Im Rahmen eines von der EU unter der französischen Präsidentschaft ausgehandelten Waffenstillstandes haben sich die russischen Truppen aus Georgien zurückgezogen, nicht aber aus Süd-Ossetien und Abchasien. EU-Beobachter wurden in die Krisengebiete entsandt, aber für den Westen blieb der Krieg weiter ein Anlass Russland scharf zu kritisieren, während Russland weiter auf seinem Recht bestand, russische Bürger zu beschützen.

Der Bürgerkrieg in Syrien war von Beginn an ein Streitpunkt zwischen Washington und Moskau. Nachdem der syrische Staatspräsident noch 2009 als Ehrengast des französischen Präsidenten am Champs-Élysées der Militärparade am Nationalfeiertag beiwohnen konnte, entdeckte die „Internationale Gemeinschaft“ unter Führung der USA dann plötzlich, dass er ein Autokrat war und unterstützte die „gemäßigte und demokratische Opposition“, die vor allem von Saudi Arabien unterstützt wurde. Dabei spielte offensichtlich keine Rolle, dass die Saudis bis dahin vor allem extremistische, islamistische Gruppierungen gefördert haben. Das zu jenen Gruppierungen, die zunächst vom Westen gefördert wurden auch der „Islamische Staat von Syrien und Irak“ (ISIS) gehörte, muss wohl als „collateral damage“ abgetan werden.

Für viele westliche Medien war es klar, dass jemand, der, wie Putin den syrischen Präsident Baschar al-Assad unterstützt, selbst ein Diktator sein musste. Jedenfalls haben China und Russland im UNO Sicherheitsrat stets ein Veto eingelegt, wenn der Westen versuchte die syrische Regierung zu verurteilen.

Als dann festgestellt wurde, dass Giftgas im Bürgerkrieg eingesetzt wurde, wurde der russische Vorschlag, das gesamte syrische Arsenal an chemischen Waffen zu vernichten zwar aufgegriffen, die Spannung in den russisch-amerikanischen Beziehung hinsichtlich Syriens ist aber geblieben. Dies hängt auch damit zusammen, dass die syrische Regierung auch vom Iran und schiitischen Hezbollah-Milizern unterstützt wird.

#### 2.3.4. Amerika bestimmt die Regeln

Die Entwicklung des Kosovo von den NATO-Bombardements 1999 bis zur Erklärung der Unabhängigkeit 2008 zeigt eines sehr deutlich: Letztlich sind es die USA die bestimmen, welches Land unabhängig werden kann, und welches nicht. Der Kosovo musste unabhängig werden, die Slowakei durfte unabhängig werden, die Schotten und Quebecer konnten über ihre Unabhängigkeit abstimmen, die Menschen in Süd-Ossetien und Abchasien dürfen das nicht.

Die Serben betrachten den Kosovo als Teil ihrer nationalen Identität, da eben dort 1389 die Schlacht auf dem Amselfeld geschlagen wurde und widersetzten sich, anders als bei Montenegro, einer vollen Loslösung der Provinz. Tatsächlich wurde auch 1999, nach den NATO-Bombardements, im UNO Sicherheitsrat die Resolution 1244 verabschiedet, die von einer „substanziellen Autonomie und einer sinnvollen Selbstverwaltung für den Kosovo“ spricht, aber auch gleichzeitig betont, dass die Souveränität und die territoriale Integrität von Jugoslawien (jetzt Serbien) anerkannt werden muss. Der Westen hat sich dann immer mehr von dieser Resolution, der man zuerst zugestimmt hatte, abgesetzt, obwohl dadurch auch die serbische Minderheit im Kosovo gefährdet wurde, und Serbien in der Zwischenzeit eine demokratisch gewählte Regierung erhalten hatte.

Für die Unabhängigkeit des Kosovo wurden auch keine völkerrechtlichen Argumente vorgebracht; die Regierung in Pristina erklärte schon vielmehr 2007, die Unabhängigkeits-Erklärung würde auch ohne Zustimmung der Vereinten Nationen erfolgen. Moskau erklärte umgehend, ein solcher Schritt können Konsequenzen haben, nämlich dahingehend, das sich dann auch andere abtrünnige Regionen für unabhängig erklären könnten; wie etwa Abchasien und Süd-Ossetien in Georgien; Berg-Karabach in Aserbeidschan; oder Transnistrien in Moldawien.

Mit der Selbstständigkeit des Kosovo wurde das souveräne Land Serbien, Mitglied der UNO, gegen seinen Willen geteilt. Gleichzeitig betonte Washington immer wieder, dass Kosovo kein Präzedenzfall für andere Gebiete wäre. Russland hingegen sah in der ganzen Vorgangsweise wohl den Versuch der Westmächte, ihm in Fragen des Balkans keine Mitsprache einzuräumen, bzw. russischen Einfluss überhaupt aus dem Balkan zu verdrängen. Aber schon damals sahen Beobachter wie Dimitri K. Simes, Präsident des Nixon Center, in der Vorgangsweise im Kosovo sehr wohl einen Präzedenzfall, der in Abchasien, Ossetien wiederholt werden könnten (IHT, 28.12. 2007). Und Simes fügte schon damals hinzu: Sollte sich Georgien dazu entscheiden Gewalt zu gebrauchen, dann wird es seitens Moskaus eine militärische Antwort geben. Und das wäre, so die Voraussage, ein schwerer Rückschlag für die russische-amerikanische Zusammenarbeit. Aber, es kam wie es kommen musste: Trotz aller Warnungen wollte die „Internationale Gemeinschaft“ unter der Führung Washingtons ihren Willen durchsetzen, mit allen Folgen, die wir heute kennen.

Eine ähnlich einseitige Vorgangsweise wählten die Vereinigten Staaten bei der Aufkündigung des ABM-Vertrages (Anti-Ballistic-Missile-Treaty). Dieser Vertrag wurde am 26.5. 1972 mit unbefristeter Gültigkeit zwischen den USA unter der UdSSR zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen abgeschlossen. Am 13.6. 2002 traten die Vereinigten Staaten einseitig vom Vertrag zurück. Auch hier wurde eine einseitige Vorgangsweise gewählt, obwohl es zahlreiche warnende Stimmen dahingehend gab, dass Sicherheit gerade in einer globalen Welt unteilbar ist, und dass Offensivwaffen und Defensivwaffen zusammenhängen. Aber die Vereinigten Staaten setzten sich wohl auch deshalb immer wieder einseitig über Regeln hinweg, die von anderen anerkannt wurden, weil sie ja der Meinung sind, nur ihre Vorgangsweise ist moralisch gerechtfertigt und im nationalen Interesse.

So hat Präsident George W. Bush jun. schon bald nach Amtsantritt im Jänner 2001 erklärt, dass die Vereinigten Staaten durch einen Raketen-Abwehrschirm geschützt werden müssten, und der ABM-Vertrag, der aus dem Kalten Krieg stammte, der Vergangenheit angehört. Dabei hat Bush den Russen zunächst nicht einmal Verhandlungen hinsichtlich einer Änderung des Vertrages vorgeschlagen, sondern schlicht und einfach seine Aufhebung verlangt. Als Argument wurde nicht eine russische Gefahr, sondern ein notwendiger Schutz gegen „Schurkenstaaten“ angeführt. Diese Begründung ist wohl so glaubwürdig wie später jene Erklärung, russische Soldaten, die in der Ukraine kämpften, wären dort auf Urlaub.

Bush jun. wiederholte dann im Laufe des Jahres 2001 immer wieder, der ABM-Vertrag werde „nach den eigenen Zielvorstellungen“ gekündigt und „zu einem Zeitpunkt, der für Amerika gut ist“; die Kündigung des ABM-Vertrages „ist die einzige Option“. Diese einseitige Vorgangsweise bei der Kündigung des ABM-Vertrages ist somit ein Beispiel dafür, dass die USA in Fragen des „nationalen Interesses“ unilateral vorgehen, und eine multilaterale Diplomatie ablehnen. Sie wollen die Regeln bestimmen.

Deshalb ist Washington auch nicht dem Kyoto-Protokoll beigetreten oder den Verträgen betreffend des Verbots von Atomversuchen, die Landminen oder die Begrenzung des Handels mit Kleinwaffen, dem Protokoll über biologische Kriegsführung oder die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshof.

Unter dem Motto „entweder ihr seid mit uns, oder mit den Terroristen“, sind die USA dann im Jahr nach der Kündigung des ABM-Vertrags im Irak einmarschiert, wobei man sich auch dieses Mal, so wie bei der Kündigung des ABM-Vertrages auf das Recht auf Selbstverteidigung berufen hat.

Theoretisch könnte dieses Recht von jedem Staat beansprucht werden, um Interventionen durchzuführen. Praktisch aber sind die USA die einzigen, die dies tun, da sie auch die Einzigen sind, die in jeder Region der Welt eingreifen können. Dies steht wohl im Einklang damit, dass sich Amerika als die einzige Hegemonialmacht versteht.

Die Auswirkung dieser Vorgangsweise auf die russisch-amerikanischen Beziehungen war nachteilig: Nach einer noch unter George W. Bush veröffentlichten Meinungsumfrage glaubten nur 17% der Russen, der amerikanische Präsident wolle die beiden Länder näher aneinander bringen; 66% glaubten, er wolle die Position seines Landes auf Kosten anderer stärken. Daran hat sich wohl nicht viel geändert.

### 2.3.5. *Demokratisierung und Regime-Change*

Während der ganzen Zeit des Kalten Krieges waren die Vereinigten Staaten nicht wählerisch bei der Auswahl ihrer Verbündeten: Von Südasien bis Südamerika und vom Mittleren Osten bis Mittelamerika waren immer wieder auch Autokraten und Diktaturen in die amerikanischen Allianz-Systeme eingebunden.

Nun kamen mit George W. Bush 2001 Personen an die Macht, die James Mann in seinem Buch „The Vulcans“ (die Vulkane) näher darstellt. Benannt nach dem römischen Gott des Feuers und der Schmiede, standen sie für Macht, vor allem militärische Macht, Härte und Ausdauer. Zu ihnen gehörte Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, Außenminister Collin Powell, sein Stellvertreter Richard Armitage und die spätere Außenministerin Condoleezza Rice.

Diese Gruppe war sehr wohl davon überzeugt, dass die nationale Sicherheit auf militärischer Stärke basiert, da „American power“ als „Kraft für das Gute in der Welt“ steht, und deshalb auch präventive Kriege führen kann. Gleichzeitig wurde es aber auch ein Axiom der Außenpolitik von Präsident George W. Bush jun., dass alle Länder der Welt demokratisch werden sollten. Demokratien, so die Theorie, würden keine Kriege gegeneinander führen, womit eine Grundlage für den Weltfrieden gefunden wäre. Diese These kann zweifellos diskutiert werden. Tatsächlich ist es unter den heutigen Gegebenheiten so, dass Demokratien eher bereit sind, den amerikanischen Führungsanspruch anzuerkennen.

Vor allem nach den Terroranschlägen vom 11.9. 2001 wurden die Ideen, die dem Kalten Krieg zugrunde lagen, nämlich Eindämmung, Abschreckung und Multilateralismus über Bord geworfen, da diese den „Vulkanen“ als zu zurückhaltend erschienen.

Die USA sollten „im Krieg gegen den Terror“ vielmehr offensiv vorgehen, und sich nicht scheuen, überall dort einzumarschieren, wo man die Möglichkeit sah, durch „*Regime-Change*“ ein demokratisches, Amerika-freundliches System zu etablieren. Ein entscheidender Versuch dieser Art war der Einmarsch in den Irak im März 2003.

Diese neuen Haltung wirkte sich auch gegenüber Russland ganz entscheidend aus: Gab man sich während des Kalten Krieges mit der Abgrenzung der jeweiligen Einflussphären zufrieden, so wollte man nunmehr den russischen Einfluss zurückdrängen, ja in Russland selbst nach dem Muster der amerikanischen Demokratie eine neue gesellschaftliche Ordnung errichten. Aber nicht nur nach Russland, in die verschiedensten Länder der Welt wurden „Demokratie-Missionen“ geschickt, unterstützt von hunderten NGOs, deren Aufgabe es nicht nur war Wahlen voranzutreiben, sondern das ganze Land im Sinne der USA zu „demokratisieren“. So hat etwa das „National Democratic Institute“, gestützt auf US-Gelder, schon vor dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ begonnen, in mehr als 90 Ländern und gestützt auf mehr als 1000 Experten, Demokratie-Programme durchzuführen.

Was dann bei manchen Demonstrationen als „spontane Volksbewegung“ erschien, war tatsächlich eine gute und von langer Hand vorbereitete Aktion. So findet sich etwa im IHT eine sehr gute Darstellung darüber, wie der Sturz des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic von langer Hand vorbereitet und durchgeführt wurde. Nach dieser, von Michael Dobbs gemachten Reportage, hat die amerikanische Regierung die serbische Opposition massiv unterstützt, ja sogar deren Anführer, Vojislav Kostunica, ausgesucht. Schon Monate vor dem Umsturz, im Oktober 1999, haben sich amerikanische Experten mit Milosevic-Gegnern in Budapest getroffen. Zunächst ging es dann darum, die zersplitterten Oppositionsgruppen zu einigen, dann darum, dass für die Durchführung von Wahlen notwendige know-how zu vermitteln. Alleine dafür gaben die USA 41 Millionen USD aus. Hinter dem, was zunächst als spontane Massenbewegung erschien, stand jedenfalls eine von langer Hand vorbereitete Strategie, die von der Opposition mit Hilfe des Westens ausgearbeitet wurde, schreibt Michael Dobbs. Die Ausarbeitung dieser Strategie beinhaltete die Organisation von Streiks; die Vermittlung von Kenntnissen darüber, wie man Symbole richtig einsetzt; oder wie man die eigene Furcht überwindet. Und vor allem eines wurde aufgezeigt: Wie die Autorität eines autoritären Regimes untergraben werden kann.

Teil einer „*Regime-Change*“-Strategie ist die kritische Berichterstattung über ein Land, bzw. dessen Regime. Im Falle Russlands fällt dies wohl schon deshalb nicht schwer, weil der nach dem Fall des Kommunismus durchgeführte Neubeginn ein Fehlstart war, wie Alexander Soljenitsyn schon 1996 in einem Artikel unter dem Titel „Russland fast in Agonie“ feststellte. Demnach hatte die damals durchgeführte Demokratisierung des Landes kaum etwas mit Demokratie zu tun, weil das Volk von der Selbstbestimmung ausgeschlossen blieb. Die Privatisierung führte nicht zur Verteilung der bis dahin verstaatlichten Güter an private Bürger, sondern öffnete einer „Kleptokratie“ Tür und Tor; es entstand vielmehr eine neue korrupte Oligarchie.

Damit wurde Russland leicht eine Zielscheibe westlicher Medien. Verfuhr man mit Boris Jelzin noch eher nachsichtig, als er im Oktober 1993 nach Meinungsverschiedenheit das Parlament beschießen ließ, so brachte man es ein Jahr darauf schon eher auf Isolationskurs, als russische Truppen in Tschetschenien einmarschierten, um dort islamische Terroristen zu bekämpfen. Der „Krieg gegen den Terror“ war noch nicht angesagt.

Der Georgien-Krieg vom August 1998 wurde zunächst und immer wieder dargestellt als hätte Moskau die Auseinandersetzungen begonnen; und der Prozess gegen den Oligarchen Michail Borissowitsch Chodorkowski wurde immer wieder dazu benutzt, Russland als Unrechtstaat anzuprangern, obwohl selbst Putin/Erzfeind feststellte „Chodorkowski hat sich genauso unrechtmäßig bereichert wie die meisten anderen Oligarchen auch – es traf keinen Unschuldigen“ (Die Welt 11.11. 2014).

Wenn Putin dann versuchte, den für die Ukraine die längste Zeit gültigen niedrigen Gaspreis auf europäisches Niveau anzuheben, war das für viele ein „Gaskrieg“ gegen die Ukraine; und im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise wurde Putin dann in vielen Medien überhaupt nur mehr als Aggressor und Lügner dargestellt, so als hätte es vor der Annexion der Krim nie einen Putsch in Kiew oder eine NATO-Erweiterung gegeben.

### **3. Europa – Russland: Drei mögliche Partnerschaften mit Russland**

Angesichts der zwischen Europa und Russland gegebenen Interessenlage und angesichts der gegebenen Machtverhältnisse sollte es möglich sein, in den drei Bereichen Partnerschaften auf- bzw. auszubauen: Politisch; wirtschaftlich, sowie im Sicherheitsbereich.

#### 3.1 Politische Partnerschaft im Rahmen des Europarates.

Wie gesagt ist der 1949 geschaffene Europarat der Rahmen für die Revolution in der europäischen Außenpolitik: Machtpolitik wurde abgelöst durch eine Politik der Werte. Die Politik der Mitgliedsländer sollte aufbauen auf den Grundsätzen der Demokratie; der Menschenrechte und der Rechtstaatlichkeit.

Russland wurde 1996 Mitglied des Europarates und hat damit, sowie die anderen Mitglieder, die entsprechenden Verpflichtungen eingehalten betreffend die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte; Aussetzung der Todesstrafe, Schutz der nationalen Minderheiten.

#### 3.2 Wirtschaftspartnerschaft

Die Grundlagen der Wirtschaftspartnerschaft sind klar: Russland ist reich an Erdöl und Erdgas, das Europa benötigt; und die Länder der EU sind in der Lage, Russland beim Aufbau jener Wirtschaftsstrukturen zu helfen, die eine moderne Volkswirtschaft braucht.

Der Anteil der Energie-Exporte am Erlös der Gesamtexporte Russlands liegt bei zwei Drittel. Studie der Friedrich Ebert-Stiftung: Zwischen Russland und Europa besteht im Energiebereich eine starke gegenseitige Abhängigkeit: Europa ist auf russische Energie angewiesen; aber gleichzeitig ist Russland aufgrund der gegebenen Transport-Infrastruktur auf Europa als Absatzmarkt festgelegt.

#### 3.3 Sicherheits-Partnerschaft

Überlegungen hinsichtlich einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Russland und Europa müssen wohl davon ausgehen, welchen Gefahren ein Land bzw. eine Region

ausgesetzt sind. Ist man gemeinsamen Gefahren ausgesetzt, ist wohl ein entsprechender Anreiz gegeben, zur Abwehr dieser Gefahren zusammenzuarbeiten.

Was Europa und Russland betrifft, so kann man wohl sagen, dass die wesentlichen Gefahren, denen ein jeder ausgesetzt ist, gemeinsame Gefahren sind. Dieses Gefahrenspektrum reicht vom islamischen Terrorismus bis zu jenen Bedrohungen, die von gescheiterten Staaten ausgehen. Von der organisierten Kriminalität; von Menschen- und Drogenhandel bis zur Geldwäsche und der illegalen Migration. Gemeinsam ausgesetzt ist man der möglichen Verbreitung von Kernwaffen, wie jenen Bedrohungen, die von bewaffneten Banden ausgehen können.

Entsprechend diesen gemeinsamen Gefahren hat sich bereits eine gemeinsame Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich entwickelt, mit der NATO genauso, wie im Bereich der ESVP.

## **IV) Die Krise in der Ukraine**

### **1. Die Ukraine – ein geteiltes Land mit schwierigem Neubeginn**

Die Ukraine war seit Jahrhunderten ein geteiltes Land, man könnte fast sagen zwischen Ost und West hin- und hergerissen. Der durch die Union von Lublin 1569 gebildete litauisch-polnische Staat reichte bis Kiew, weite ukrainische Gebiete waren der polnischen Krone unterstellt. Ausdruck dieser doppelten Orientierung nach Ost und West war die Kirchenunion von Brest aus dem Jahre 1596: Es wurde eine griechisch-katholische Kirche geschaffen, die den östlichen Ritus beibehielt, aber dem Papst in Rom unterstellt war.

Unzufrieden mit der polnischen Herrschaft unterwarfen sich die Kosaken 1654 mit dem Treueeid vom Perejaslaw dem russischen Zaren. Es war zum 300-jährigen Jubiläum dieses Ereignisses, dass Nikita Chruschtschow 1954, damals Zentralsekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion, die Krim der Ukraine schenkte. Die Zufriedenheit mit der neuen russischen Herrschaft dauerte aber auch nicht lange, was zur Folge hatte, dass der kosakische Hetmann Iwan Marsepa 1709 bei der Schlacht von Poltawa den schwedischen König Karl XII gegen Peter den Großen unterstützte. Bei den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert kam der größte Teil der Ukraine zum Zarenreich, Galizien und die Bukowina aber zu Österreich.

Dieser kurze Umriss sollte nur aufzeigen, wie weit die Spaltung des Landes zurückreicht.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 war für die Ukraine zunächst ein wirtschaftliches Desaster. Manche traditionellen Industriezweige, wie etwa die Stahlproduktion brachen um 50% ein. Es kam zu einer gewaltigen Inflation von 3100 % im Jahre 1992; das Budgetdefizit erreichte 36% des BIP; und weiteste Teile der Bevölkerung litten unter einem Verfall des Lebensstandards. Die ukrainische Wirtschaft war damals noch zu 70% nach Russland ausgerichtet, litt unter jeder Verschlechterung der Beziehungen zu Russland.

Um die politischen Institutionen war es nicht besser bestellt: Regierung und Parlament standen im Dauerkonflikt; die Zentralbank handelte willkürlich; und die Regionen machten sich weitgehend selbstständig.

Dennoch wurde die Ukraine 1995 Mitglied des Europarates, dessen Kriterien für die Mitgliedschaft, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte sind.

Es wurden nicht nur zahlreiche Konventionen unterzeichnet, die diese Bereiche regeln sollten, die Ukraine schloss sich auch all jenen Vereinbarungen an, die die sozialen Rechte, den Schutz der Minderheiten und den Kampf gegen die Korruption betrafen. Leider stellte sich später heraus, dass keine der sich abwechselnden Regierungen die unterzeichneten Verträge auch nur annähernd erfüllte. Die alten russisch-sprachigen Eliten, sowie die neuen Machthaber verstanden es, aus dieser Situation, etwa bei den Energiegeschäften mit Russland, Kapital zu schlagen. Die Chefin eines dieser Konzerne „Systemes energetiques unifies“, war Julia Timoschenko, damals 36 Jahre jung. Sie war enge Mitarbeiterin des damaligen Ministerpräsidenten Pawlo Lasarenko, und soll alleine nach London 200 Millionen USD abgezweigt haben.

Es ist unschwer nachzuvollziehen, dass die US-Regierung Bush jun., die ohnehin ihre Mission dahin sah, die Welt zu demokratisieren, in der Ukraine ein weites Aktionsfeld erblickte. Alleine in den 12 Monaten vor den ukrainischen Präsidentenwahlen im Dezember 2004 gab die Regierung Bush in der Ukraine 97 Millionen USD aus. Bei der Durchführung der verschiedenen „Demokratie-Projekte“ gab es Unterstützung von zahlreichen Institutionen wie der „Agency for International Development“ oder „Freedom-House“; Gelder flossen von den Akademien der großen US-Parteien und unzähligen NGOs. Aus anderen Ländern wurden Jugend-Gruppen ins Land gebracht, die schon Erfahrung hatten, wie etwa jene, die schon am Sturz von Slobodan Milosevic beteiligt waren. Obwohl von den Demokratie-Aktivisten betont wurde, es ginge ihnen darum, aus einem autoritären Regime eine blühende Demokratie mit aktiven Bürgern zu machen, gab es selbst im US-Kongress Kritik daran, dass in der Ukraine von den Vereinigten Staaten vor allem die Opposition gegen die Regierung unterstützt wurde.

Aber schon damals gab es auch warnende Stimmen, die betonten, es sei falsch, die Ukraine mit Gewalt ins westliche Lager und in die NATO drängen zu wollen. In einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft wäre vor allem Konsens notwendig; und die „Roll-back Strategie“ gegenüber Russland sei deshalb falsch, weil Moskau dies als Aggression empfinden müsse.

Tatsächlich sind dann jene Exponenten, die im Dezember 2004 durch die „Orangene Revolution“ an die Macht kamen, Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko, in trauriger Weise gescheitert. Dies, obwohl Kiew und Washington 2005 eine neue strategische Partnerschaft beschlossen hatten, und Präsident Bush jun. schon damals den Wunsch geäußert hatte, die Ukraine sollte Mitglied der NATO und der WTO werden. Die Gründe für dieses Scheitern sind vielfältig. Neben internen Machtkämpfen und Streitereien über Privatisierungen blieben auch die ausländischen Investitionen aus. Als Juschtschenko dann vier Jahre später die Flucht in Neuwahlen antrat, war seine Regierungschefin Timoschenko bereits ein Feindbild, und er selbst hatte nur mehr Rückhalt bei einigen wenigen Prozent der Bevölkerung.

## 2. Vom Assoziations-Abkommen zum Krieg

### 2.1. Probleme kündigten sich an

Sooft der Westen versuchte, die nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 unabhängig gewordene Ukraine enger an sich zu binden, erhöhten sich die Spannungen zu Russland. Das war etwa der Fall, als die EU schon im September 2008 der Ukraine ein Assoziierungs-

Abkommen vorschlug, und erst recht, als die USA gleichzeitig versuchten, die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Zu diesen Spannungen kam es nicht erst unter Präsident Putin, schon sein Vorgänger Boris Jelzin sprach sich entschieden gegen die Integration der Ukraine in das westliche Militär-Bündnis aus.

Ausgehend von dieser Analyse schrieb die französische Tageszeitung „Le Monde“ schon im September 2008 über das damals angestrebte Assoziierungs-Abkommen: „Viel steht am Spiel; wird die Krim dafür bezahlen müssen?“. Tatsächlich war leicht ersichtlich, dass Moskau einige Gründe hatte, nach einer jahrhundertelangen Bindung von weiten Teilen der Ukraine an Russland das Abgleiten der Ukraine in die westliche Einflussosphäre nicht einfach hinzunehmen: Ein Drittel der Bevölkerung der Ukraine waren russisch-sprachig; Russland war, nach der EU, der zweitgrößte Handelspartner des Landes; und 80% des von Russland in die Ukraine transportierten Erdgases führten durch die Ukraine. An möglichen Streitpunkten mangelte es auch nicht, die schon auftraten, als der pro-westliche Präsident Viktor Juschtschenko nach der „Orangen Revolution“ 2004 an die Macht kam: Die Russen wollten damals den bis dahin für 1000 m<sup>3</sup> gewährten Vorzugspreis von USD 179 auf USD 400 anheben; Es ging weiters um die Verschuldung Kiews gegenüber Moskau in der Höhe von USD 1,3 Milliarden; sowie um den russischen Flottenstützpunkt auf der Krim.

Es waren dann die europäischen Verbündeten, die beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008 für ein behutsames Vorgehen eintraten. Die Europäer wussten, dass Russland alles tun würde, um zu verhindern, dass sich die NATO des Flottenstützpunktes von Sewastopol bemächtigte, der immerhin seit Katharina der Großen ein Vorposten der russischen Sicherheitspolitik war. Die entscheidende Frage war damals wie heute, ob der Westen gewillt wäre, Russland dort zumindest eine Mitsprache einzuräumen, wo es jahrhundertlang geherrscht hatte. Denn dass der Westen große Anstrengungen unternehmen würde, um die Ukraine für sich zu gewinnen, war klar: Schon anlässlich einer Konferenz über die „Zukunft der Ukraine in Europa“, sprach sich Madeleine K. Albright 2004 dafür aus, die West-Integration des Landes stärker zu fördern. Als ein Zeichen besonderer Anerkennung wurde der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko eingeladen, vor den beiden Häusern des US- Kongresses zu sprechen; darüber hinaus wurde eine „strategische Partnerschaft“ mit den USA vereinbart.

Spätestens seit dem Georgienkrieg 2008 wusste man jedenfalls, dass Russland auf Vorgänge an seiner Grenze reagiert; und schon damals wurden Stimmen laut, die voraussagten, dass es bei einer Einbeziehung der Ukraine in die westliche Interessensphäre und in die NATO zu Unruhen auf der Krim kommen könnte.

## 2.2. Das Assoziierungs-Abkommen und die unverständliche Haltung der EU

Zunächst: Was ist ein Assoziierungs-Abkommen ?

Es ist eine politische Vereinbarung, die die Richtung anzeigen soll, welche die Vertragspartner in Zukunft einschlagen wollen. Konkret ginge es beim Assoziierungs-Abkommen, welches zwischen der Ukraine und der EU am Gipfel von Vilnius im Dezember 2013 unterschrieben hätte werden sollen, darum, auf welchen Gebieten die EU und die Ukraine in Zukunft zusammenarbeiten sollten, von der Energie, über den Transport, bis zum Umweltschutz; welche Reformen zur Gesundung der ukrainischen Wirtschaft durchgeführt werden müssen; und was in Bereichen wie Gleichberechtigung, Erziehung und Kultur gemeinsam getan werden könnte.

Das Abkommen hob auch die europäischen Werte hervor, wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit; dann die Marktwirtschaft und den Umweltschutz. Die Zusammenarbeit sollte aber auch in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem aber im Energiebereich gestärkt werden. Es sollte auch eine Freihandelszone geschaffen werden mit entsprechenden Wettbewerbsregeln und der Übernahme der EU-Standards. Auch der ganze Bereich der inneren Sicherheit, der Justiz und der Migration, sollte vom Abkommen erfasst werden.

Das auf dem Pariser Gipfel von 2008 vereinbarte Partnerschafts- und Kooperations-Abkommen sollte also nunmehr von einem Assoziations-Abkommen abgelöst werden. Schon beim 15. EU-Ukraine Gipfel im Dezember 2011 haben die Vertreter der EU und Präsident Janukowytsch eine Einigung über den Text des Abkommens erzielt. Tatsächlich ging es aber nunmehr nicht so sehr um Paragraphen, sondern darum, dass die Ukraine endgültig in die westliche Einflussphäre eingebunden werden sollte.

Warum ist diese von der EU eingeschlagene Vorgangsweise unverständlich?

Das Assoziierungs-Abkommen wurde seitens des Westens vielfach damit begründet, dass die Ukraine das Recht haben müsse, sich dem westlichen Werte-System anzuschließen. Tatsächlich aber hätte die Ukraine nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt, dies schon längst zu tun. Seit 1995 Mitglied des Europarates hat das Land zahlreiche Konventionen unterschrieben, die es verpflichteten im eigenen politischen System Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen, gegen die Korruption und für den Schutz der Minderheiten einzutreten. Tatsächlich stellte sich jedoch heraus, dass Präsident Janukowytsch ein korrupter Autokrat war; dass zum Zeitpunkt, als das Assoziierungs-Abkommen abgeschlossen hätte werden sollen, von funktionierenden demokratischen Strukturen in der Ukraine und einem Rechtsstaat keine Rede sein konnte; und dass die Ukraine mit Platz 144 der Liste von „Transparency International“ zu den korruptesten Ländern der Welt zählte.

Fragen an die EU-Verantwortlichen:

-) Warum wollte man mit einem Land, welches zwei Jahrzehnte lang die im Rahmen des Europarates gezeichneten Vereinbarungen nicht umgesetzt hat, ein Assoziierungs-Abkommen abschließen ?

-) Warum hat man dieses Abkommen mit Viktor Janukowytsch verhandelt, der dann als korrupter Autokrat dargestellt wurde ?

-) Und warum wollte man mit der Ukraine ein Land assoziieren, das nicht nur von seinen Strukturen her dem wirtschaftlichen Bankrott nahe war, sondern welches auch eine Gesellschaftsordnung hatte, die bisher das Entstehen einer Zivilgesellschaft kaum zugelassen hatte ?

In diesem Zusammenhang muss man wohl folgendes festhalten: Die EU hat Wesentliches erreicht: Friede und Prosperität wurden in Europa durch Jahrzehnte gewährleistet. Eines ist allerdings gescheitert: Die Nachbarschaftspolitik; sowohl der Barcelona-Prozess als auch die Ukraine-Politik. Im Rahmen des Barcelona-Prozesses wurden seit 1995 Milliarden EURO ausgegeben, um die Länder Nordafrikas zu demokratisieren, wirtschaftlich zu stärken und näher an die EU heranzuführen. Der „*Arabische Frühling*“ hat dann allerdings gezeigt, dass sich in den arabischen Ländern vor allem die Autokraten mit EU-Geldern bereichert haben; dass von Demokratie in diesen Ländern keine Rede sein konnte; dass der ganze Barcelona-Prozess lediglich ein Schlagwort war.

Ähnliches kann hinsichtlich der östlichen Nachbarschaftspolitik der EU gesagt werden:

-) Unterstützungsprojekte der EU für die Ukraine, zum Beispiel das „Support-Package“ konzentrierten sich vor allem auf finanzielle Zuwendungen: Es gab Milliarden EURO aus dem EU-Budget; Milliarden von der Europäischen Investmentbank oder der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung; Milliarden EURO durch die „Neighbourhood Investment Facility (NIF)“ und dergleichen. Wer aber sollte in einem korrupten Lande ohne funktionierende Strukturen all diese Milliarden entsprechend einsetzen und umsetzen ?

-) Einige von der EU vorgebrachten Argumente waren unrealistisch, zum Beispiel die Feststellung, die Ukraine ist ein souveränes Land, Verhandlungen über ein Assoziierungs-Abkommen gegen Drittstaaten gehen Russland nichts an. Dies mag formell richtig sein; nur das Ergebnis zeigt eben die Folgen: Die Krim wurde annektiert; im Osten gibt es einen Krieg; viele Ukrainer haben seit dem „*Regime-Change*“ im Februar 2014 sehr viel gelitten. Nachher hat man dann versucht jene Gespräche mit Moskau nachzuholen, die vorher versäumt wurden, um überhaupt den „status quo ante“ wiederherstellen zu können.

-) Im Zusammenhang mit dem Gipfel in Vilnius konnte man einen Hang der EU feststellen, „Schlagworte statt Lösungen“ anzubieten: So heißt es in einem Dokument vom September 2014 über die Beziehung der EU und der Ukraine: Die Ukraine ist ein „Priority Partner“; und zwar schon aufgrund des „Partnership und Co-operation Agreement“, das schon 1998 abgeschlossen wurde. Frage: Welche Partner der EU haben keine Priorität und hat man sich überlegt, dass die ukrainische Wirtschaft, um überhaupt überleben zu können, eine Soforthilfe von immerhin 40 Milliarden bräuchte.

### 2.3. Die Ereignisse in der Ukraine

Die Erwartungshaltung in der Ukraine vor der beabsichtigten Unterzeichnung des Assoziierungs-Abkommens war groß. Tatsächlich glaubten viele, dass Assoziierung nicht nur den Lebensstandard dramatisch heben würde, sondern auch die anstehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme lösen könnten.

Jedenfalls rechnete man zumindest mit einer vorläufigen Inkraftsetzung der Freihandels-Bestimmungen, mit der Schaffung einer „Deep and Comprehensive Free Trade Area“

(DCFTA); mit entsprechend mehr ausländischen Investitionen; mit einer Zusammenarbeit in westlichen Bereichen - von der Atomenergie zum Finanzbereich - und einem verstärktem politischen Dialog. Von offizieller ukrainischer Seite erwartete man sich vor allem auch eine Liberalisierung der Visa-Vergabe.

Von der ukrainischen Regierung konnte darauf hingewiesen werden, dass gerade im Hinblick auf das kommende Assoziierungs-Abkommen neue gesetzliche Bestimmungen beschlossen wurden, insbesondere hinsichtlich des Strafrechtes und des Strafverfahrens. Die neuen Gesetze betrafen die Unabhängigkeit der Richter; die Bekämpfung der Korruption; das Wahlrecht; die Kompetenzen des Rechnungshofes, usw. Der Haken allerdings war, dass die Ukraine auch im Rahmen des Europarates zahlreiche Konventionen unterschrieben hatte, deren Umsetzung allerdings höchst mangelhaft, oft überhaupt nicht, erfolgte.

Die Situation änderte sich dramatisch, als die ukrainische Regierung am 21. November 2013 erklärte, die Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Assoziierungs-Abkommens „aussetzen“ zu wollen. Es kam zu Demonstrationen auf dem Maidan-Platz in Kiew, die im Februar 2014 zu einem „*Regime-Change*“ und der Etablierung einer pro-westlichen Regierung führten. Als Reaktion darauf annektierte Russland die Krim, und es kam zu Kampfhandlungen im Osten des Landes.

*Was hat Präsident Janukowytsh bewegt vom Assoziierungs-Abkommen Abstand zu nehmen? War es die von Russland in Aussicht gestellte Wirtschaftshilfe von 15 Milliarden USD? War es der von der EU ausgeübte Druck, Julia Timoschenko auf freien Fuß zu setzen, was das ukrainische Parlament ablehnte? Oder wollte der ukrainische Präsident trilaterale Verhandlungen, also unter Einbeziehung Russlands, was wiederum die EU ablehnte?*

Jedenfalls gewannen die am Maidan-Platz durchgeführten Demonstrationen eine Dynamik, die vom Westen unterstützt wurde. Victoria Nuland, die stellvertretende amerikanische Außenministerin demonstrierte nicht nur selbst am Maidan, sie verlangte in einem Telefongespräch mit dem US Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, Arseniy Jatsenjuk müsse Ministerpräsident werden. Zu diesem „*Regime-Change*“ kam es dann am 22. Februar 2014; der gewählte Präsident Viktor Janukowytsh floh nach Russland. Arseniy Jatsenjuk wurde tatsächlich Ministerpräsident, wie dies von der US-Politikerin verlangt worden war.

Kurz darauf besetzten russische Truppen die Krim, die sich dann auch in einer Volksabstimmung an eine Angliederung Russlands aussprach. In der Ukraine selbst führten Parlamentswahlen zu einer starken pro-westlichen Mehrheit in der „Rada“, am 25. Mai wurde der pro-westliche Milliardär Petro Poroschenko zum Staatspräsidenten gewählt. Vitali Klitschko wurde Bürgermeister von Kiew. Wie stark die Neuorientierung in Kiew war, konnte daraus ersehen werden, dass eine der ersten Maßnahmen des neuen Parlaments darin bestand, Ukrainern mit russischer Muttersprache den Gebrauch dieser zu untersagen. Am 27. Juni 2014 wurde das EU-Assoziierungs-Abkommen unterzeichnet.

Schon im April 2014 begannen Unruhen im Osten der Ukraine. Im Mai führten Separatisten der Region Donezk und Lugansk in mehreren Städten Volksabstimmungen über die Unabhängigkeit dieser Gebiete durch.

*Wer waren diese Rebellen?*

Neben echten Aufständischen, wohl Söldner verschiedenster Provenienz; Überläufer von regulären Truppen; und wohl auch reguläre russische Einheiten. Es war wohl der verstärkte

Einsatz dieser Einheiten, der dazu führte, dass diese regulären ukrainischen Regierungstruppen nicht den raschen Erfolg und die Niederschlagung der Rebellen erreichen konnten, den sich Präsident Poroschenko zunächst erhofft hatte.

Dass neben dem bewaffneten Konflikt auch ein Propagandakrieg tobte, wurde besonders deutlich, als am 17. Juli 2014 ein Flugzeug der Malaysia Airlines nahe Donezk abstürzte. Die gegenseitige Schuldzuweisung hielt auch an, als im September die trilaterale Kontrollgruppe, der auch Separatisten angehörten, im „Minsker-Protokoll“ einen Waffenstillstand festlegte, und dieser immer wieder gebrochen wurde.

Insgesamt kann man wohl sagen, dass die unglückliche Entwicklung, die die Ukraine seit Herbst 2013 erfasst hatte, viel Leid über die Bevölkerung des Landes gebracht hatte. Diese Entwicklung stellt auch ein erhebliches Versagen der europäischen Diplomatie dar. In den internationalen Beziehungen hat es immer wieder Entwicklungen gegeben, bei denen ein Krieg nicht verhindert werden konnte. Aber dass eine Vereinbarung, die darauf ausgerichtet hätte sein sollen, Frieden und Prosperität zu verankern im Krieg endete, ist ziemlich einmalig.

#### 2.4. Die Reaktion Russlands

Für viele westliche Medien steht der Schuldige fest: Es ist Vladimir Putin, der russische Präsident. Er bedauerte den Zusammenbruch der Sowjetunion, so die Version, und tut alles, um Russland in seiner traditionellen Größe wiederherzustellen. Deshalb hat Putin zunächst die Krim erobert, dann will er zumindest die östliche Ukraine, wenn nicht das ganze Land, wieder in die russische Machtsphäre eingliedern. Und das wäre nur das Vorspiel für eine Aggression gegen andere Nachbarn, vom Baltikum bis Polen. Man schreckt auch nicht davor zurück, Putin mit Adolf Hitler zu vergleichen, ein sehr frivoler Vergleich, wenn man bedenkt, wie viele Opfer das russische Volk im Kampf gegen Hitler gebracht hat. Aus diesem Grund, so die weitere Argumentation, müssten die Ukraine und Georgien Mitglieder der NATO werden, damit letztlich nicht ganz Europa von Putin bedroht wird.

Was immer man dem russischen Präsidenten vorwirft, ein Vorwurf stimmt sicherlich nicht: Dass er unberechenbar wäre. Immerhin hat der große Kenner der internationalen Beziehungen, George Kennan schon 1998 vorhergesagt, dass eine NATO-Erweiterung zu einer Krise führen würde, und dass die Verantwortlichen für diese Erweiterung dann sagen werden: „So sind die Russen“. Und damals war von Putin noch keine Rede. Wenn man die tatsächlichen Machtverhältnisse vergleicht, von der Wirtschaftsleistung bis zu den Militärausgaben, dann sind die, von der westlichen Propaganda immer wieder gebrachten Argumente, einfach nicht haltbar. Sie erinnern vielmehr an die, 2003 vor dem Ausbruch der Irak-Invasion gebrachte, Darstellung, wonach Saddam Hussein nicht nur Massenvernichtungswaffen gehabt hätte, sondern die irakische Armee überhaupt die viertstärkste der Welt gewesen wäre.

Richtig ist allerdings, dass schon Boris Jelzin immer wieder auf die historischen und kulturellen Verbindungen der Ukraine mit Russland hingewiesen, und vor den Folgen gewarnt hat, die eine Eingliederung der Ukraine in den westlichen Machtbereich haben würde.

Neben der NATO-Erweiterung gab es immer wieder andere Auseinandersetzungen, die zu einer Krise in den Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine führten, wie die Energieversorgung oder die Bemühungen von Kiew, eine eigene nationale Identität gegenüber Russland aufzubauen.

Was den Energiebereich betrifft, so verbrauchen 81% der Heizungen in der Ukraine Erdgas; ohne Importe aus Russland kommt es zu Engpässen. Dazu kommt noch, dass der Ukraine aus früheren Zeiten Vorzugspreise eingeräumt worden waren, deren Erhöhung bzw. Anpassung an Weltmarktpreise leicht als politisches Druckmittel ausgelegt werden konnte. Da die Ukraine auch reiche Kohlenvorkommen hat, spielen auch Kohlekraftwerke eine große Rolle, die 40% der Elektrizität des Landes erzeugen. Allerdings liegen diese vielfach in dem von den Rebellen kontrollierten Osten des Landes. 45% der Energie kommt von Atomkraftwerken, die in ihrer Versorgung wiederum von Russland abhängen. Schließlich geht es auch um die Energieversorgung Europas, da wichtige Pipelines durch die Ukraine führen. Diese Situation hat Möglichkeiten sowohl für das Gas-, als auch für Propaganda-Kriege geboten. Wurden Lieferungen in die Ukraine wegen nicht bezahlter Rechnungen gedrosselt oder eingestellt, dann wurde Russland beschuldigt, Gas-Lieferungen für politischen Druck zu missbrauchen. Russland wiederum ist sich natürlich seiner machtpolitischen Position bewusst, die seine Energiereserven darstellen.

Ein weiterer Grund für Krisen lag darin, dass die Ukraine bemüht war, seine nationale Identität durch eine bewusste Darstellung der eigenen Geschichte zu festigen. Dies ist nur natürlich. Auch andere Staaten, die einen großen Nachbarn haben, versuchen das, wobei diese Abgrenzung dann zu Lasten des anderen gehen kann, was man etwa auch zwischen den Beziehungen zwischen Kanada und den USA feststellt.

Nun hat die Ukraine der furchtbaren Hungerkatastrophe, die in den 1930-Jahren Millionen von Menschen dahinraffte, unter dem Namen „Holodomor“ (Vernichtung durch Hunger), eine politische Dimension dahingehend gegeben, dass die damals Verantwortlichen Sowjets weitgehend mit „Russen“ gleichgesetzt wurden. Tatsächlich waren, nach einer Darstellung der NZZ vom Dezember 2008, die damals Verantwortlichen der Georgier Stalin; das Mitglied des Politbüros Lasar Kaganowitsch (ein Ukrainer); und vor Ort der erste Parteisekretär Stanislaw Kossior (ein Ungar aus dem heutigen Polen); sowie der Geheimdienstchef Stanislaw Redens (ein Weißrusse polnischer Nationalität). Der Holodomor war demnach nicht das Resultat eines Völkermordes, sondern eines von Kommunisten geführten Bürgerkrieges.

Diese Auswirkungen auf die russisch-ukrainischen Beziehungen waren jedenfalls die, dass es der damals russische Präsident Dmitry Medwedew ablehnte, 2008 an den Gedenkfeiern anlässlich des 75. Jahrestages des Holodomor teilzunehmen. Außerdem wurde in Moskau eine Kommission eingerichtet, deren Aufgabe es war, Fälschungen zu Lasten Russlands richtig zu stellen.

Insgesamt ist es wohl tragisch, dass es mehr als zwei Jahrzehnte nach der gewonnenen Unabhängigkeit, die durchaus friedlich verlief, in der Ukraine zu Blutvergießen kommt.

## 2.5. Die Rolle der USA

Die Entschlossenheit der USA, die Ukraine endgültig in die eigene Machtsphäre einzugliedern, kam sehr deutlich im bekannten Telefongespräch zum Ausdruck, dass Victoria Nuland, Assistant Secretary of State, mit dem US Botschafter in Kiew führte, und das wohl am besten mit den Worten übersetzt werden kann: „Wir gehen ohne Rücksicht auf Europa vor“. Im selben Telefonat führte Frau Nuland auch aus, dass die USA in den letzten Jahren 5.000 Millionen USD ausgegeben haben, um die Ukraine Russland zu entziehen, und an den Westen zu binden. Die Politikwissenschaftlerin Maria Cooper hat in einem Interview unter

dem Titel „Demokratisierung ist eher ein Kollateralnutzen“ aufgliedert, wofür diese Milliarden ausgegeben wurden: Da gab es Foundations, NGOs, US-Agenturen und ukrainische Institute, die dieses Geld erhielten, welches alleine der amerikanische Steuerzahler zur Verfügung stellte. Dazu kamen noch private Gelder, wie etwa vom US-Milliardär George Soros, der in der Ukraine sowie in anderen Ländern, seine eigenen Stiftungen hat.

Schon während der Demonstrationen auf dem Maidan-Platz deponierten hochrangige US-Vertreter, die Ansprüche ihres Landes: Vizepräsident Biden, Außenminister Kerry, CIA-Chef Brennan, sie alle kamen nach Kiew, Senator John McCain kam auch nach Kiew und verlangte Sanktionen gegen Russland, damit das Land international isoliert wird; gleichzeitig trat der Senator aus Arizona dafür ein, dass die Militärpräsenz der NATO an den russischen Grenzen verstärkt wird.

Es erhebt sich natürlich die Frage, mit welchem Recht die Vereinigten Staaten, selbst gestützt auf die Monroe-Doktrin, seit bald 200 Jahren jeder ausländischen Macht verweigern, in der westlichen Hemisphäre zu intervenieren, und selbst 10.000 Kilometer außerhalb des eigenen Landes mit allen Mitteln versuchen, seine Interessen durchzusetzen. Aber was dem einen weit außerhalb der eigenen Grenzen erlaubt ist, ist dem 17 Millionen Quadratkilometer großen Russland an seinen eigenen Grenzen offensichtlich verboten.

Die USA handeln offiziell auch nicht, um ihre Machtsphäre zu erweitern, sondern um die Demokratie zu fördern. Regierungen, die den amerikanischen Vorstellungen von Demokratie nicht entsprechen, laufen Gefahr, durch einen „*Regime-Change*“ zu Fall gebracht zu werden. Tatsächlich wurde einige Theorien entwickelt, wie wertvoll die Staatsform auch im Bereich der internationalen Beziehungen ist; so etwa jene, dass „Demokratien gegeneinander keine Kriege führen“. Abgesehen davon, dass die jetzige Form der in Europa praktizierten Demokratie eine viel zu neue Erscheinung der Geschichte ist, um daraus ein „Naturgesetz“ ableiten zu können, kann man natürlich sagen, dass jene Länder, die sich heute zum Modell der „westlichen Demokratie“ bekennen, die Vorherrschaft der USA anerkennen. Darum geht es wohl.

Welchen Einfluss Demokratie auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen auch immer haben mag, beeindruckend ist der Gleichklang, mit dem internationale Medien - gerade in der Ukraine-Krise – Stellung beziehen: Putin wird zu einem Ungeheuer abgestempelt, vor dem die Ukraine, wenn nicht die ganze Menschheit gerettet werden muss. Die Vorgangsweise des Westens gegen ihn kann demnach nicht hart genug sein; und selbst jene, die nur die Frage stellen, ob nicht auch die andere Seite Argumente hat, die gehört werden sollten, werden als „Putin-Versteher“ diskreditiert. Schon im November 1999 hat der „Economist“ ausgeführt, Boris Jelzin's Russland muss entweder die westlichen Spielregeln anerkennen, andererseits würde es sich „selbst isolieren“.

In Zusammenhang mit der jüngsten Ukraine-Krise wird immer nur von der russischen Aggression gesprochen, so als hätte es in Kiew keinen „*Regime-Change*“ gegeben, und hätten die USA seit Ende des Kalten Krieges ihre Einflussosphäre nicht um eine weitere Million Quadratkilometer, sowie 100 Millionen Menschen erweitert. Außerdem wird die Annexion der Krim als „erste gewaltsame Verschiebung der Grenzen in Europa“ dargestellt, so als hätte es die Unabhängigkeit des Kosovo nie gegeben, abgesehen davon, dass im Zeitalter der Globalisierung die Verschiebung von Einflussosphären genauso zählt, wie jene von Grenzen. Demonstrationen in Moskau, die mit dem Slogan „Weg mit Putin“ auftreten, werden groß

gebracht, obwohl sonst die Verhältnisse in Russland mit jenen unter Stalin gleichgesetzt werden, wobei derartige Demonstrationen unter Stalin wohl kaum möglich waren.

Begleitet wird die gängige Medien-Berichterstattung von einer Unzahl von Seminaren, Konferenzen und darauf aufbauend Presseaussendungen, die, wie etwa George Soros in seinem Essay „Wake up Europe“ aufzeigen, dass Europa durch Russland einer „existenziellen Bedrohung“ ausgesetzt ist. Die „logische“ Schlussfolgerung bei vielen dieser Veranstaltungen ist, dass die Verteidigungsbudgets in Europa erhöht werden müssen.

### 3. Sanktionen und Wirtschaftskrieg

Frau Victoria Nuland hat nicht nur die US-Vorgangsweise gegenüber Europa dargelegt, sondern auch jene gegen Russland. In einem BBC-Interview hat sie erklärt: „If Putin does not change his policy, the Russian people will have to suffer“. In diesem Sinne wurden Sanktionen durch die EU und die Vereinigten Staaten gegen Russland verhängt, und der dramatische Verfall des Ölpreises kann wohl als Wirtschaftskrieg bezeichnet werden.

Der Europäische Rat, also die Staats- und Regierungschefs der EU, haben bereits am 6. März 2014 im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine einen Drei-Stufenplan für Sanktionen festgelegt.

-) Stufe 1 sah vor: Das Aussetzen der bilateralen Gespräche zwischen EU und Russland über VISA Angelegenheiten sowie über das sogenannte „Neue Abkommen“; außerdem wurde beschlossen, am G-8 Gipfel in Sotschi nicht teilzunehmen.

-) Stufe 2 umfasste im wesentlichen Einreiseverbote und Finanzsanktionen. Davon betroffen war ein ukrainischer und russischer Personenkreis, sowie Firmen und Protagonisten in den selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Insgesamt wurden in dieser Stufe 119 Personen und 23 Firmen auf die Sanktionenliste gesetzt; darunter auch Vertraute von Putin.

-) Stufe 3 trat am 1. August 2014 in Kraft. Sie betraf: Zugangsbeschränkungen für russische Banken zum europäischen Kapitalmarkt; ein Waffenembargo; ein Embargo für Güter, die auch militärisch verwendet werden können; ein Embargo für sensible Technologien, insbesondere im Erdölbereich; Aktivitäten der Europäischen Investitionsbank (EIB), sowie jene der europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wurden auf Eis gelegt; alle EU-Programme mit Russland wurden einer Revision unterzogen.

Die Maßnahmen der Stufe 3 wurden am 12. September 2014 verschärft; dies betraf Kapitalmarktbeschränkungen, Militärgüter sowie Dienstleistungen im Erdölbereich.

Die Vereinigten Staaten ihrerseits haben Ende April 2014 weitere Sanktionen gegen russische Regierungsvertreter sowie gegenüber Unternehmen verhängt, die ein Naheverhältnis zu Präsident Putin unterhielten. Es wurden Einreiseverbote verhängt, Guthaben wurden eingefroren; und die Exporte, bzw. Wiederexporte amerikanischer Güter nach Russland wurden untersagt.

Darüber hinaus zielten amerikanische Sanktionen darauf ab, die Ölförderung in Russland zu erschweren. Dies insbesondere dort, wo russische Konzerne von ausländischem know-how abhängig waren. Die amerikanischen Sanktionen wurden nicht nur für neue Verträge beschlossen, sondern auch für bereits gültige Abkommen.

Die amerikanischen und europäischen Sanktionen haben eine ähnliche Zielsetzung: Schwer zugängliche Erdöl-Reserven sollten nicht mit westlichem know-how gefördert werden. Dies betrifft insbesondere Vorkommen in arktischen Gewässern, Schieferöl sowie Tiefsee-Bohrungen. Wurde zunächst der Export von Fördertechniken untersagt, wurden die Sanktionen dann auch auf Dienstleistungen in diesem Bereich ausgedehnt.

Russland hat am 6. August 2014 Gegensanktionen und ein Import-Verbot für landwirtschaftliche Produkte aus der EU, den USA, Kanada, Australien und Norwegen erlassen. Dadurch wird der Gesamtschaden, den die EU-Mitgliedstaaten alleine dadurch erleiden, auf ca. 5 Milliarden EURO geschätzt, wobei der Schaden für Transporteure dabei nicht einberechnet ist. Jedenfalls blieben EU-Bauern auf ihren Exporten sitzen und mussten befürchten, dass die Preise im Inland verfallen. Alleine die österreichischen Bauern mussten mit Einbußen zwischen 40-50 Millionen EURO rechnen; besonders betroffen waren auch die Landwirtschaften in Litauen, Polen, Deutschland, den Niederlanden und Dänemark.

Insgesamt exportieren die EU Staaten 2013 Waren im Wert von knapp 120 Milliarden EURO nach Russland. Davon waren fast ein Zehntel oder 11,9 Milliarden EURO Agrargüter; jene, die aus Österreich exportiert wurden, hatten einen Wert von 237 Millionen EURO.

Diese Durchschnittszahlen geben aber auch nur einen ungenügenden Einblick in die tatsächliche Situation. Wenn in Deutschland 350.000 Arbeitsplätze vom Russland-Geschäft abhängen und in Österreich 40.000, dann sagen Durchschnittszahlen insofern nicht alles, weil einzelne Unternehmen bzw. Regionen besonders betroffen sind. Das gilt insbesondere auch für den Tourismus.

Die entscheidende Frage ist aber nicht nur, wem nützen bzw. wem schaden Sanktionen, sondern, was kann man damit tatsächlich erreichen? Wenn man weiß, wie verflochten die wirtschaftlichen Beziehungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts tatsächlich sind, dass viele Probleme nur gemeinsam gelöst werden können und wenn man dabei die Leidensfähigkeit des russischen Volkes bedenkt, das auch geschichtliche Großereignisse immer wieder entschieden hat, dann sollte man die Auswirkungen von Sanktionen zumindest genauso diskutieren, wie ihre Einführung. Und noch etwas: Wenn man 14 Jahre nach Kriegsbeginn in Afghanistan und 12 Jahre nach der Invasion im Irak sieht, wieviel zerstört und wie wenig erreicht wurde, dann wäre es auch angebracht, die Auswirkungen von Wirtschaftskriegen entsprechend zu überdenken.

**E N D E**

**\* Dr. Wendelin Ettmayer; geb. 1943; aufgewachsen in Neukirchen am Walde;  
1977- 1993: Abgeordneter zum Nationalrat;  
1994-2008: u.a. Botschafter in Finnland; Kanada und beim Europarat.  
Autor verschiedener Publikationen; siehe Website: [www.wendelinettmayer.at](http://www.wendelinettmayer.at)**